

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 20

Hans-Jürgen Bieling

**Sozialdemokratische Wirtschafts- und
Beschäftigungspolitik in der neoliberalen
Konstellation**



FEG am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und
Philosophie der Philipps-Universität Marburg

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapiere
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 20

Hans-Jürgen Bieling

**Sozialdemokratische Wirtschafts- und
Beschäftigungspolitik in der neoliberalen
Konstellation**

Marburg 2000

ISBN 3-8185-0306-0

Redaktionelle Bearbeitung: Sven Gronau

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

INHALT

1. EINLEITUNG: RENAISSANCE DER SOZIALDEMOKRATIE NACH DEM ENDE DES SOZIALDEMOKRATISCHEN JAHRHUNDERTS.	6
2. VON DER „SOZIALDEMOKRATISCHEN“ ZUR „NEOLIBERALEN“ KONSTELLATION	10
2.1. DIE KRISE DES FORDISMUS UND DIE EROSION DES „EMBEDDED LIBERALISM“.....	11
2.2. DER AUFSTIEG DES NEOLIBERALISMUS UND DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION IN DER TRIADE-KONKURRENZ.....	14
2.2.1. <i>Das Europäische Währungssystem (EWS)</i>	15
2.2.2. <i>Das Binnenmarktprojekt</i>	16
2.2.3. <i>Die Europäische Währungsunion (EWU)</i>	18
2.3. EUROPÄISCHER KONSTITUTIONALISMUS UND NEOLIBERALE REORGANISATION	20
3. DER „NEUE REVISIONISMUS“, ODER: DAS SOZIALDEMOKRATISCHE DISPOSITIV NEOLIBERALER POLITIK	23
3.1. KRISEN UND WIDERSPRÜCHE DER NEOLIBERALEN RESTRUKTURIERUNG	24
3.1.1. <i>Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit</i>	25
3.1.2. <i>Marktherrschaft und Demokratie</i>	27
3.2. PROGRAMMATISCHE UND IDEOLOGISCHE NEUORIENTIERUNGEN.....	29
3.2.1. <i>Kommunitaristische Inspirationen</i>	29
3.2.2. <i>Neo-Keynesianismus</i>	32
4. ZUR IDEOLOGIE UND PRAXIS DES „DRITTEN WEGS“ IN WESTEUROPA, ODER: KERNELEMENTE DES STRATEGISCHEN PRAGMATISMUS	34
5. SOZIALDEMOKRATISCHE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK IM EUROPÄISCHEN MEHREBENENSYSTEM.....	37
6. AUSBLICK: GRENZEN DER SOZIALDEMOKRATIE UND BRUCHSTELLEN DER NEOLIBERALEN DISZIPLINIERUNG	40
7. LITERATUR	46

1. Einleitung: Renaissance der Sozialdemokratie nach dem Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts.¹

„Das Thema, das sich verändert, trägt einen Namen: Sozialdemokratie. Damit ist nicht nur der Name einer Partei gemeint. Viele Parteien und Gruppen haben daran mitgewirkt, das sozialdemokratische Jahrhundert, das hinter uns liegt, zu gestalten – Liberale und Demokraten, Volksparteien und Republikaner, Zentrumsparteien und Radikale, schließlich sogar Konservative. Dennoch ist der Ausdruck ‚sozialdemokratisch‘ berechtigt. In seinen besten Möglichkeiten war das Jahrhundert sozial und demokratisch. An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden. Wir haben alle ein paar Vorstellungen in uns aufgenommen und um uns herum zur Selbstverständlichkeit werden lassen, die das Thema des sozialdemokratischen Jahrhunderts definieren: Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus.“ (Dahrendorf 1983: 16)

Die These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ hat Ralf Dahrendorf bereits zu Beginn der achtziger Jahre aufgestellt. Seitdem haben sich Sozialwissenschaftler, zumal wenn sie der Sozialdemokratie nahestehen (z.B. Merkel 1993; Kitschelt 1994), mit dem Verweis auf die Mitgliederentwicklung und das Wahlverhalten wiederholt darum bemüht, diese Aussage zu widerlegen oder doch zumindest zu relativieren. Nur zu oft ist in den zum Teil hitzig geführten Diskussionen dabei übersehen worden, worauf Dahrendorf mit seiner These eigentlich abzielte: nämlich nicht auf eine substantielle Schwächung der Sozialdemokratie im politischen System, sondern vielmehr auf einen Wechsel der politischen Programmatik, d.h. der Themen, Prioritäten und Paradigmen. Für die vorangegangenen Jahrzehnte, insbesondere für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, spricht Dahrendorf (1998: 77) in diesem Sinne nicht deswegen vom „sozialdemokratischen Jahrhundert“, „weil ‚sozialistische Parteiführer‘ sein Gesicht geprägt hätten (...), sondern weil das sozialdemokratische Projekt die treibende, unstrittene, zuweilen erlahmende, am Ende aber siegreiche Kraft des kurzen Jahrhunderts war.“ Nach Roosevelts New Deal, machten sich nachfolgend auch in Europa die Politiker unterschiedlicher Couleur dafür stark, eine typisch sozialdemokratische Zielsetzung ganz oben auf die politische Tagesordnung zu setzen: die Fesselung oder zumindest Einhegung des liberalen Kapitalismus durch den Auf- und Ausbau des *Wohlfahrtsstaats* in Kombination mit einer *keynesianischen Wirtschaftspolitik*. Beides sollte dazu dienen, drängende materielle Notlagen, verursacht durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder sonstige Unwägbarkeiten, abzumil-

¹ In dieses Papier sind erste Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojekts eingeflossen, das sich unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Deppe seit Sommer 1999 mit dem Thema „Wirtschaftsverfassung, Policy Framing und Regime-Konkurrenz – eine Studie zur politischen Konstitution und konzeptionellen Ausgestaltung der europäischen Wettbewerbsregulation“ befaßt. Das Papier schlägt darüber hinaus den Bogen zu angrenzenden Diskussionen und Forschungsprozessen in der FEG, in deren Zentrum die Entwicklung und die Perspektiven einer „europäischen Beschäftigungspolitik“ stehen.

dem, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Vollbeschäftigung herzustellen (vgl. auch Anderson 1994).

Seit den achtziger Jahren treten diese politischen Zielsetzungen in fast allen Ländern Westeuropas – allerdings nicht unbedingt gleichzeitig – in den Hintergrund der politischen Diskussion. In den Vordergrund rücken statt dessen primär neoliberal bzw. monetaristisch definierte Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung, Sozialabbau, monetäre Stabilität etc. Offensichtlich hat sich in der politischen Öffentlichkeit ein Stimmungsumschwung ereignet, der sich auch in einer veränderten Programmatik sozialdemokratischer Parteien widerspiegelt. Diese sehen sich infolge von Umbrüchen in der Weltökonomie (den Zusammenbruch des Bretton Woods Systems und die nachfolgende Globalisierung), die Fordismuskrise, die Wiederbelebung der europäischen Integration (EWS, Binnenmarkt, EWU) – ideologisch verstärkt durch das Ende des Kalten Krieges – dazu veranlaßt, die Zielsetzungen und Kriterien ihrer bisherigen politischen Konzepte zu überprüfen und den veränderten Kontextbedingungen anzupassen. Donald Sassoon (1997a: 730ff) bezeichnet diesen Neuorientierungsprozeß der achtziger und neunziger Jahre als „*Neo-Revisionismus*“, über den die sozialdemokratischen Werte, Konzepte und Strategien wieder einmal neu definiert werden (vgl. hierzu auch Sassoon 1997b; Misik 1998; Unger u.a. 1998). War die erste Welle des Revisionismus, die von Eduard Bernstein theoretisch vorbereitet worden war und sich nach dem Ersten Weltkrieg dann auch in der politischen Praxis deutlich niederschlug, noch durch die Abkehr von der bolschewistischen Revolutionsvorstellung und das Arrangement mit der liberalen, d.h. repräsentativen Demokratie gekennzeichnet, so revidierten die sozialdemokratischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg – allerdings im Kontext der wohlfahrtsstaatlichen Expansion – ihre Bewertung der kapitalistischen Grundstrukturen, z.B. den Stellenwert freier Güter- und Kapitalmärkte, das Privateigentum an Produktionsmitteln etc. Spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges gehen sie heute davon aus, daß alle strikt nationalen Wege der sozialdemokratischen Modernisierung verschlossen sind, und sie sich darüber hinaus im Kontext der europäischen Integration den Vorgaben einer monetären Stabilitätsorientierung nicht mehr entziehen können.

Trotz, oder vielleicht sogar wegen dieser Anpassungsmaßnahmen sind sozialdemokratische Parteien, nimmt man die Wähler- und Mitgliederentwicklung zum Maßstab, in der zurückliegenden Dekade relativ erfolgreich gewesen. In vielen Staaten der Europäischen Union haben sie konservative bzw. liberale Parteien entweder in der Regierung abgelöst oder sind aber doch – mit der Ausnahme Irlands, Luxemburgs, Spaniens und zuletzt Österreichs – zumindest an dieser beteiligt. Obwohl die Wahlen zum Europaparlament einen deutlichen Dämpfer gebracht haben, deutet vorerst nichts darauf hin, daß die sozialdemokratischen Parteien nach der Verabschiedung vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat und vom Vollbeschäftigungsziel ihre

politische Programmatik noch weiter ausdünnen. Im Gegenteil, die Kritik der sozialen Konsequenzen einer harten neoliberalen Markt deregulierung und die neue offensive Diskussion über sozialdemokratische Ideale wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinsinn etc. eröffnet zumindest die Möglichkeit, die *politische Agenda* neu zu justieren. Erste Ansätze einer Neuorientierung zeigen sich unter anderem in zwei Bereichen:

- Zum einen werden im Prozeß der europäischen Integration insofern neue Akzente gesetzt, als die politischen Akteure an den ökonomischen Kernprojekten der Markt- und Währungsintegration zwar unverändert festhalten, zugleich aber auch darauf drängen, die Formen und z.T. auch die Inhalte europäischer Politik durch eine vorsichtige (sozial-) regulative Einbettung zu modifizieren. Als Nachwirkung der von Jacques Delors verfochtenen Strategie der „russischen Puppen“, d.h. immer neuer sozial- und wirtschaftspolitischer Projekte, die an die Marktintegration anknüpfen (vgl. Ross 1995), wird demnach erkennbar, daß sich in vielen Bereichen, so auch in der Sozialpolitik, in der Zwischenzeit transnationale Strukturen des „European network governance“ herausgebildet haben (Kohler-Koch/ Eising 1999), die von korporatistischen Akteuren – Europäische Kommission, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände – oft maßgeblich mitgestaltet werden (vgl. Falkner 1998; Dølvik 1999). In Amsterdam sind diese Bestrebungen durch einige Verbesserungen im EU-Vertrag – die Inkorporierung des Sozialprotokolls und die Aufnahme eines Kapitels zur Beschäftigungspolitik – materiell unterfüttert worden.
- Zum anderen weist der neue Stellenwert der Beschäftigungspolitik – und zwar nicht nur auf der supranationalen Ebene – darauf hin, daß sich in den öffentlichen Diskussionen die politischen Akzente verschoben haben. Die ehemalige Achillesferse einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, d.h. die ernsthafte Sorge über eine zu hohe Inflationsrate, scheint derzeit kaum noch eine Bedeutung zu spielen. Im Vordergrund stehen statt dessen die Schwachpunkte der neoliberalen bzw. monetaristischen Konzeptionen, d.h. ein schwaches Binnenwachstum und eine anhaltend hohe Massenerwerbslosigkeit. Die Skepsis gegenüber einer marktgetriebenen Wettbewerbsmodernisierung ist Mitte der neunziger Jahre durch Streiks, Proteste und Demonstrationen gegen austeritätspolitisch motivierte Anpassungsprogramme, aber auch durch Wahlentscheidungen nachdrücklich dokumentiert worden. Hierdurch bestärkt, gingen in fast allen EU-Mitgliedstaaten die Regierungen dazu über, auch auf der nationalen Ebene die Sozialpartner in den Prozeß der ökonomischen Restrukturierung und Beschäftigungsförderung mit einzubeziehen (vgl. Hassel 1998; Rhodes 1998). Selbst wenn es vielleicht etwas voreilig erscheinen mag, von einer Renaissance des Korporatismus zu sprechen (vgl. Schmitter/ Grote 1997), so verkörpern diese Bemühungen jedoch zumindest insofern eine Abkehr von neoliberalen Modernisierungskonzepten, als der marktinduzierte Deregulierungswettlauf durch politische Kooperations-

formen gebremst und die positiven Effekte der Wettbewerbsdynamik, d.h. die Produktivitätsgewinne, vergesellschaftet und in zusätzliche Beschäftigung überführt werden sollen.

Diese Bemühungen müssen nun keineswegs zwangsläufig von Erfolg gekrönt sein. So sind die Akteure in Deutschland bislang daran gescheitert, den neuen „Wettbewerbskorporatismus“ praktisch umzusetzen, d.h. sich auf konkrete politische Schritte zu einigen. Offensichtlich ist die neue sozialdemokratische Modernisierungskonzeption, auch als „dritter Weg“ zwischen Marktradikalismus und Big Government bezeichnet, konzeptionell und institutionell noch eher fragil und brüchig. Die vielfältigen praktischen Schwierigkeiten scheinen dabei noch das geringste Problem darzustellen; durch symbolische Kompromisse und Konzessionen sind sie kurzfristig zumeist stabilisierbar. Gewichtiger sind hingegen die grundlegenden Widersprüche des neuen Modernisierungskonzepts. Nicht nur das Verhältnis von europäischer und nationaler Ebene steht mitunter in einem starken Spannungs- und Konkurrenzverhältnis, auch das Verhältnis von Wettbewerb und Deregulierung auf der einen sowie sozialem Ausgleich und gesellschaftlicher Kooperation auf der anderen Seite ist alles andere als eindeutig definiert. Im Kontext relativ günstiger ökonomischer Rahmenbedingungen mögen diese Ungewißheiten durch eine vage politische Rhetorik noch überdeckt werden können. Langfristig müssen sich an ihnen jedoch notgedrungen neue Konflikte entzünden.

Um darzulegen, warum und inwiefern dem so ist, holen die nachfolgenden Ausführungen etwas weiter aus. In einem ersten Schritt (2.) werden zunächst die globalen und gesellschaftlichen Umbrüche rekonstruiert, die maßgeblich dazu beigetragen haben, daß die alten sozialdemokratischen Zielsetzungen von Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat durch das neoliberale Leitbild deregulierter Märkte und den Primat monetärer Stabilität ersetzt wurden. Die Verallgemeinerung und Institutionalisierung einer solchen sozio-ökonomischen Konstellation, die im Vergleich zum sozialdemokratischen Zeitalter des Fordismus oder der „Golden Age“-Periode (Marglin/ Schor 1990; Hobsbawm 1995) als neoliberal bezeichnet werden kann, läßt sich nur dann angemessen begreifen, wenn zugleich auch die konstitutive Rolle der europäischen Integration in die Betrachtung mit einbezogen wird. In einem zweiten Schritt (3.) geht es anschließend darum, das ideologisch-konzeptionelle Dispositiv sozialdemokratischer Politik zu bestimmen. Dieses erweist sich insofern als ambivalent, als es zwar einerseits die sozialen Konsequenzen der neoliberalen Restrukturierung scharf kritisiert, andererseits die zentralen neoliberalen Strukturvorgaben aber prinzipiell akzeptiert hat. Die Begründung hierfür liefert ein Interpretationsmuster, das gesellschaftspolitisch von kommunitaristischen und wirtschaftspolitisch von neo-keynesianischen Ideen beeinflusst ist. Wie sich diese Akzentuierungen politisch artikulieren, wird dann anhand einiger Kernelemente des neuen sozialdemokratischen Pragmatismus erörtert (4.). Daß wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen hierbei eine zentrale Bedeutung zukommt, liegt angesichts der anhaltenden Arbeits-

marktkrise auf der Hand. Von daher bietet es sich an, die neue sozialdemokratische Beschäftigungspolitik im europäischen Mehrebenensystem etwas genauer zu charakterisieren (5.). Abschließend wird dargelegt, daß die konzeptionelle und strategische Neuorientierung nach wie vor höchst fragil ist, da der – wenn auch korporatistisch unterfütterte – mikro-ökonomische, d.h. angebots- bzw. wettbewerbspolitische Modernisierungsansatz die makro-ökonomische Konfiguration unangetastet läßt (6.).

2. Von der „sozialdemokratischen“ zur „neoliberalen“ Konstellation

Die Rede vom *Goldenen Zeitalter*, vom *Fordismus*, vom *sozialdemokratischen Jahrhundert* oder aber auch, wie hier vorgeschlagen, von der *sozialdemokratischen Konstellation* ist natürlich stark vereinfachend. Mit ihr lassen sich viele Phänomene, z.B. nationale Besonderheiten des politischen Systems oder auch die konkreten Strategien vieler konservativer und liberaler Politiker, die die Nachkriegsdekaden in manchen Ländern maßgeblich bestimmt haben, nicht hinreichend begreifen. Nichtsdestotrotz ist sie insofern aufschlußreich, als sich durch sie die grundlegenden Rahmenbedingungen und Handlungsmaxime, die die Regierungspolitik der Nachkriegszeit wesentlich angeleitet haben, einigermaßen zutreffend auf den Begriff bringen lassen. Die politischen Prioritäten standen dabei ganz im Zeichen von Vollbeschäftigung und wohlfahrtsstaatlich gewährten Gleichheitsansprüchen, indessen die Rahmenbedingungen vor allem durch die Kombination zweier Strukturmuster geprägt waren: die *Pax Americana*, d.h. eine regulierte, aber liberale Weltwirtschaftsordnung auf der einen und *nationale Fordismen*, d.h. dynamische und wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Entwicklungsmodelle, auf der anderen Seite.

Dies läßt bereits erkennen, daß trotz der fortschreitenden Handelsliberalisierung im Rahmen des alten internationalen Ordnungsgefüges, dessen Fundamente bereits 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods definiert worden waren, den Nationalstaaten relativ weitreichende wirtschafts- und finanzpolitische Interventionsmöglichkeiten verblieben (vgl. Hirsch 1993). Noch geprägt durch die Erfahrung des Protektionismus in der *großen Depression* gingen Wissenschaftler wie Politiker davon aus, daß ein freier Welthandel auf der einen und liberalisierte Kapital- und Finanzmärkte auf der anderen Seite unter den Bedingungen einer autonomen nationalen Wirtschaftspolitik in einem Spannungsverhältnis stehen und sich langfristig sogar ausschließen (vgl. Helleiner 1994). Um der Gefahr des Protektionismus wirksam zu begegnen, kam man demzufolge überein, ein System der internationalen Geld- und Kreditregulation zu etablieren, in dem Währungsparitäten, Konvertibilitätsregeln und Kreditvergabemechanismen politisch festgelegt und der grenzüberschreitende Kapitalverkehr administrativ kontrolliert wurde. Institutionell abgesichert wurde dieses System durch den IWF und die Weltbank sowie den US-Dollar als der unumstrittenen internationalen Leitwährung. Vor diesem Hintergrund

gefesselter Finanz- und Kapitalmärkte konnten die nationalen Zölle und Handelsschranken in einer Reihe von GATT-Runden sukzessive abgebaut werden. Nicht umsonst wurde die internationale Ordnungsstruktur der Pax Americana von John Ruggie (1982) daher als „*embedded liberalism*“ bezeichnet. In gewisser Weise wurden dabei die konträren Leitbilder bzw. Prinzipien des „ökonomischen Liberalismus“ und der „gesellschaftlichen Protektion“ (vgl. Karl Polanyi 1978) zu einer höchst produktiven Synthese zusammengeführt.

Eine andere, ähnlich gelagerte Kennzeichnung der *sozialdemokratischen Konstellation* stammt von Robert Gilpin (1987: 355), dessen Formel „Keynes at home and Smith abroad“ ebenfalls auf die Komplementarität zweier wirtschaftspolitischer Gestaltungskonzepte verweist. Auch für ihn haben sich die Konzepte und Strategien der internationalen Handelsliberalisierung und der keynesianischen Wirtschaftspolitik über einen längeren Zeitraum wechselseitig ergänzt und stabilisiert. Während die Handelsliberalisierung – gerade auch im Kontext der europäischen Integration (vgl. Bieling/ Deppe 1996) – durch größere Absatzmärkte und zusätzliche Zwänge zur Produktivitätssteigerung das Wirtschaftswachstum stimulierte, sicherten keynesianisch geförderte Beschäftigungs-, Einkommens- und Wohlfahrtseffekte die gesellschaftliche Akzeptanz der intensivierten Konkurrenz. Dies galt um so mehr, als der keynesianische Wohlfahrts- und Interventionsstaat – in Kooperation mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik – einen stetig hohen Massenkonsum sicherstellte und die expansive Dynamik der fordistischen Massenproduktion von der Nachfrageseite her abstützte (vgl. Hirsch/ Roth 1986; Lutz 1984).

2.1. Die Krise des Fordismus und die Erosion des „*embedded liberalism*“

In einer Vielzahl von Analysen ist mittlerweile wiederholt, z.T. sehr ausführlich, nachgezeichnet worden, warum die *sozialdemokratische Konstellation* in den siebziger Jahren in die Krise geraten ist. Von entscheidender Bedeutung war dabei sicherlich die Erosion des fordistischen Wachstumsmodells, das infolge einer absinkenden Kapitalrentabilität (vgl. Lipietz 1985) zunehmend destabilisiert wurde. Verantwortlich waren hierfür eine Reihe verschiedener, sich wechselseitig verstärkender Krisenfaktoren: die Erschöpfung der Produktivitätsreserven der tayloristischen Arbeitsorganisation, eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, hohe Lohnzuwächse und expandierende Sozialleistungen („profit squeeze“), und eine kulturelle Revolte, über die auch die Legitimität der alten, relativ starren, d.h. standardisierten und produktivistischen Reproduktionsmuster zumindest ansatzweise unterminiert wurde. Wenn sich die Grundlagen und Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik in der Folgezeit grundlegend gewandelt haben, so ist dies zudem aber auch internationalen Strukturveränderungen geschuldet. Im Kern handelt es sich dabei um Entwicklungen, die seit einiger Zeit mit dem Begriff der Globalisierung oder Denationalisierung umschrieben werden (vgl. u.a.

Zürn 1998). Konkret verbirgt sich hierhinter unter anderem der Zusammenbruch des Bretton Woods Systems und die Globalisierung der Finanzmärkte, der wachsende direkte und indirekte Einfluß der TNKs und die Transformation des alten nationalen und internationalen (sozial-)regulativen Ordnungsrahmens.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die unterschiedlichen Dimensionen der ökonomischen Globalisierung – Handel, Produktion und Finanzen – nicht einfach im Gleichschritt entwickelt. Die 50er und 60er Jahre standen zunächst im Zeichen des internationalen Handels. In den folgenden Jahrzehnten rückten dann mehr und mehr die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen und ab den 80er Jahren schließlich die globalisierten Finanzmärkte in den Vordergrund. Im Rückblick wird dabei deutlich, daß sich aus den verschiedenen Dimensionen der Transnationalisierung mitunter sehr unterschiedliche Konsequenzen für die nationale (Wirtschafts-)Politik ergaben (vgl. Schirm 1999). Entsprechend der Transnationalisierung der Handelsliberalisierung – zumindest solange, wie sie sich im Rahmen des GATT auf den Abbau von Zöllen und anderen offensichtlichen Protektionsschranke beschränkte – noch vollkommen der globalen Ordnungsstruktur des *embedded liberalism*, so galt dies nicht mehr für die Transnationalisierung der Produktion und die Globalisierung der Finanzmärkte. Eric Helleiner (1994) hat systematisch rekonstruiert, wie die dem internationalen Finanzverkehr inhärenten Krisen und Probleme bereits in den 60er Jahren zu einer schrittweisen Deregulierung führten und das Bretton Woods System systematisch unterminierten. Entscheidend war unter anderem, daß die maßgeblichen Akteure – d.h. vor allem das Finanzministerium und die Zentralbank der USA, die Finanzmanager der Wall Street, US-Banken und in Europa tätige US-amerikanische TNKs, die britische Regierung und die City of London – übereinkamen, steuerbegünstigte Anlagemöglichkeiten auf den sog. „Eurodollar-Märkten“ zu ermöglichen. Großbritannien übernahm dabei gleichsam die Rolle eines „Trojanischen Pferdes“ der internationalen Finanzwelt. Zunächst trug es durch die vorteilhaften Konditionen des „Offshore“-Dollar-Marktes noch dazu bei, trotz der geschwächten US-Ökonomie und zunehmender Handelsbilanzprobleme der USA, den Außenwert der US-Währung zu stabilisieren. Dies änderte sich dann jedoch mit dem Zusammenbruch des internationalen Festkurssystems zu Beginn der 70er Jahre. Nach der Freigabe der Wechselkurse begaben sich die Nationalstaaten, angeführt von Großbritannien, zum Vorteil des transnationalen Finanzkapitals in einen weltweiten Deregulierungswettbewerb (vgl. ebd.: 146ff; Gill 1992: 160f).

In den 80er und 90er Jahren tritt zunehmend deutlicher hervor, daß sich die Deregulierung nicht mehr nur auf die Finanzmärkte beschränkt. Sie ergreift mehr und mehr auch die Strukturen der korporatistischen Kooperation und sozialpolitischen Regulation. Fritz W. Scharpf (1987) hat diese Konsequenzen des erhöhten Anpassungsdrucks bereits vor einiger Zeit thematisiert. Auch aus seiner Perspektive geben die internationalen Finanzmärkte immer stärker

die Melodie vor, nach der die Zinspolitik der Notenbanken und die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der nationalen Regierungen dann zu tanzen haben. Denn in dem Maße, wie unilaterale Kapitalverkehrskontrollen unkalkulierbar hohe Kosten nach sich ziehen, ein neues multilaterales Arrangement für eine erneute politische Kontrolle der Finanzmärkte unrealistisch ist, und zugleich das internationale Zinsniveau und damit auch die Renditeerwartungen des internationalen Geld- und Industriekapitals gestiegen sind, haben „sich die ‚Terms of Trade‘ zwischen Kapital, Arbeit und Staat zugunsten der Kapitalseite verschoben.“ (ebd.: 306) Dies heißt nun nicht, daß in der Wirtschafts-, Geld-, Fiskal- bzw. Finanz- und auch Sozialpolitik keine Alternativen mehr vorhanden sind, sondern nur, daß sich diese innerhalb einer *neuen angebotspolitischen Agenda* bewegen, die maßgeblich durch die Kriterien definiert wird, die die global orientierten Finanzmarktakteure – Banken, institutionelle Anleger, Versicherungen etc. – und die TNKs vorgeben (vgl. Huffs Schmid 1999; Tabb 1999).

Der hierdurch in Gang gesetzte Prozeß der institutionellen Entbettung, d.h. die Abkehr von der alten Konstellation des *embedded liberalism*, vollzog sich auf mehreren Ebenen. Die globale Ebene, d.h. die internationale Finanz- und Weltwirtschaftsordnung, eilte in gewisser Weise voran, bevor dann – dieser Prozeß ist alles andere als abgeschlossen – die nationalen Systeme der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Regulation dereguliert wurden. Der z.T. gravierende Wandel, d.h. die Deregulierung und Flexibilisierung, umschließt natürlich auch die regionalen und betrieblichen Organisationsstrukturen (vgl. u.a. Ferner/ Hyman 1998; Martin/ Ross 1999). Der ökonomische und (sozial-)regulative Neuordnungsprozeß unterliegt dabei natürlich nicht nur einem strukturellen Wettbewerbsdruck, sondern wird auch durch nationale Besonderheiten – spezifische Probleme, institutionelle Erbschaften, soziale Kräfteverhältnisse, die politische Kultur etc. – beeinflusst (vgl. Bieling/ Deppe 1997). Die ökonomische und (sozial-)regulative Restrukturierung schreitet also weder gleichförmig noch zeitgleich voran. Während die Regierungen im angelsächsischen Kapitalismus, d.h. in Großbritannien und in den USA, in Gestalt des Thatcherismus und der Reaganomics die Marktderegulierung, den Sozialabbau und die Schwächung der Gewerkschaften besonders scharf vorangetrieben haben und gleichsam eine Vorreiterrolle übernahmen, verlief diese Entwicklung in Kontinentaleuropa vielerorts zunächst eher schleppend. Die vermeintliche Einsicht, daß die ökonomische Stagnation und die Wachstumsschwäche primär der keynesianischen und wohlfahrtsstaatlichen Regulierung, im neoliberalen Jargon: institutionellen Rigiditäten zuzuschreiben war und nicht der inhärenten Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Akkumulation, brach sich erst allmählich Bahn.

2.2. Der Aufstieg des Neoliberalismus und die europäische Integration in der Triade-Konkurrenz

Die neoliberale Krisenanalyse und nachfolgende Kritik an einem exzessiven Wohlfahrtsstaat, gefesselten Märkten und zu starken Gewerkschaften, entfaltete sich in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern zudem nicht in Reinform. Oft paarte sich die neoliberale Rhetorik von Marktfreiheit, Deregulierung, Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Inflationsbekämpfung, strikter Haushaltsdisziplin etc. mit dem Festhalten an traditionellen Werten wie Treue, Anstand, Fürsorge, Familie, Gemeinschaft oder Nation. Vor allem die (neo-) konservativen Volksparteien unterlagen dem Zwang, das hierdurch akzentuierte Spannungsverhältnis von wirtschaftsliberaler Modernisierung und konservativen Werten fortwährend ausgleichen zu müssen. Dies gelang ihnen zumeist dadurch, daß sie zum einen die ökonomischen Fragen als „externe Sachzwänge“ tendenziell entpolitisierten und zum anderen die konservativen Orientierungen gegen die Hemmnisse einer bürokratischen wohlfahrtsstaatlichen Regulation in Anschlag brachten.

Die Entpolitisierung wirtschaftsliberaler Ziele, Strategien und Maßnahmenbündel ist durch die Wiederbelebung der europäischen Integration sicherlich bestärkt worden. Beide Entwicklungen stehen zumindest teilweise in einem Bedingungsverhältnis. Erst die Bereitschaft, die nationalen Formen der Produkt- und Produktionsregulation einem intensivierten Wettbewerb auszusetzen, ermöglichte das Binnenmarktprojekt; und zugleich trugen dieses wie auch das EWS und die nachfolgende Initiative zur Währungsunion mit dazu bei, die Kernelemente neoliberaler Politik – d.h. die Marktderegulierung und den Primat monetärer Stabilität – extern zu stabilisieren. Wie eine Reihe von anderen Vorstößen zur Transformation des internationalen Ordnungsrahmens – z.B. die Schaffung der G7, der Übergang vom GATT zur WTO, neue Regeln im internationalen Kapitalverkehr, die Etablierung von Freihandelszonen etc. –, lassen sich auch die ökonomischen Kernprojekte der europäischen Integration als Elemente eines „new constitutionalism“ (Gill 1992; 1998) bzw. als ein „conditioning framework“ (Grinspun/ Kreklewich 1994) interpretieren, über das die neoliberalen Vorgaben fest institutionalisiert und der demokratischen Kontrolle und Einflußnahme weitgehend entzogen werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Die neoliberale Restrukturierung im Kontext der europäischen Integration folgte keinem Masterplan, sondern vollzog sich eher als eine ungeordnete Abfolge von konkreten Problemdefinitionen und politischen Projekten (vgl. Drainville 1994: 116). Wenn sich dennoch allmählich ein übergreifendes Konzept der internationalen Wettbewerbsfähigkeit herauskristallisierte, so zeigt dies nur, daß über einen längeren Zeitraum hinweg in den europäischen Diskussionen, Verhandlungen und Kompromissen die Interessen von TNKs, Banken, Versicherungen, institutionellen Anlegern etc. stärker ins Gewicht gefallen sind.

2.2.1. *Das Europäische Währungssystem (EWS)*

Die konkreten Initiativen bzw. Projekte zur Vertiefung der europäischen Integration lassen sich mit Hilfe eines Drei-Phasen-Modells interpretieren: Den Ausgangspunkt bilden (1) strukturelle Herausforderungen, Probleme oder Krisen, über deren Charakter, Ursachen und „angemessene“ Lösungen sich dann (2) eine – mehr oder minder breite – öffentliche Diskussion entzündet, bevor schließlich (3) konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Hierbei handelt es sich zumeist um Kompromißpakete. Denn innerhalb eines komplexen Geflechts von Machtverhältnissen müssen politische Initiativen notgedrungen eine Vielzahl unterschiedlicher, zum Teil widersprüchlicher Interessen und Ideen in Einklang miteinander bringen.

In dem Prozeß einer neoliberal geprägten Wiederbelebung der europäischen Integration kam dem Projekt des EWS in erster Linie eine vorbereitende Funktion zu. Nach dem bereits skizzierten Zusammenbruch des Bretton Woods Systems und dem Scheitern des Werner-Plans, d.h. eines ersten Versuchs, bereits Anfang der 70er Jahre den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Währung zu beschreiten, sahen sich die westeuropäischen Ökonomien mit einer starken Volatilität der Wechselkurse konfrontiert. Diese resultierte nur zum Teil aus einer ungleichgewichtigen Entwicklung in Westeuropa und divergierenden wirtschafts- und finanzpolitischen Strategien. Strukturelle – externe – Faktoren waren weitaus gewichtiger. Denn nachdem sich die internationalen Wechselkurse frei bewegten und zugleich das Verhältnis des US-Dollars zum japanischen Yen, aber auch zur D-Mark stärker in den Mittelpunkt rückte, die Relationen zwischen dem Dollar und der D-Mark jedoch alles andere als stabil waren, unterlagen auch die Wechselkurse zwischen den Währungen Westeuropas starken Schwankungen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre stand der Dollar gegenüber der D-Mark zumeist unter Abwertungsdruck. Aufgrund der relativ geschwächten US-Ökonomie investierten die internationalen Geldanleger vermehrt in Yen und in D-Mark, was für den europäischen Wirtschaftsraum nicht folgenlos blieb: In dem Maße, wie die D-Mark global aufgewertet wurde, gerieten die übrigen europäischen Währungen unter Abwertungsdruck.

Ende der 70er Jahre kamen die deutsche und die französische Regierung überein, wenigstens innerhalb Westeuropas die Wechselkurse zu stabilisieren. So erleichterten stabile Wechselkurse erstens das Management der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP). Zweitens eröffneten sie den TNKs und anderen außenhandelsabhängigen Unternehmen eine gesicherte Kalkulationsbasis, stimulierten also grenzüberschreitende Handelstransaktionen und Investitionen, wodurch sich auch die nationalen Regierungen eine Belebung der westeuropäischen Ökonomien versprachen. Drittens schließlich unterstützte ein übergreifendes währungspolitisches Management die Bemühungen einiger Regierungen – so z.B. in Frankreich, wo kurz zuvor noch der Barre-Plan, d.h. die Einführung einer austeritätspolitischen Agenda gescheitert war (vgl. McNamara 1998: 130ff) –, die deutsche Stabilitätskultur zu importieren. Denn in

dem Maße, wie die nationale Währung an die Ankerwährung des EWS – die D-Mark – und damit auch an die strikt monetaristische Geldpolitik der Bundesbank gekoppelt wurde, schien sich mit dem Verweis auf „externe Zwänge“ ein harter anti-inflationistischer, d.h. lohnrestriktiver und austeritätspolitischer Kurs intern leichter legitimieren zu lassen.

Möglicherweise haben in den Verhandlungen über das EWS, insbesondere über die Ausgestaltung des Interventionsmechanismus, solche Überlegungen nur eine nachrangige Bedeutung gehabt. Als das EWS 1979 – auf Initiative des damaligen Kommissionspräsidenten Roy Jenkins – von Helmut Schmidt und Valérie Giscard d’Estaing ins Leben gerufen wurde, spielten allgemeinere Zielsetzungen – die Stärkung supranationaler Institutionen und die Stabilisierung der westeuropäischen Wirtschaftsbeziehungen – sicherlich die entscheidende Rolle. Gleichwohl waren sich die Staaten, die am EWS teilnahmen, über die geld-, wirtschafts- und finanzpolitische Grundausrichtung keineswegs von vornherein einig. Dies reflektiert sich einerseits in den Disputen über die Funktionsweise des gemeinsamen Währungsmanagements, d.h. im Streit über die Interventionsmechanismen, durch die der Wechselkurs stabilisiert und – so das Interesse der Schwachwährungsländer – die asymmetrische Verteilung der Anpassungslasten zugleich korrigiert werden sollte (vgl. Tsoukalis 1997: 152ff); andererseits aber auch in den Bestrebungen einzelner Regierungen, sich den geld- und finanzpolitischen Vorgaben nicht einfach zu unterwerfen, sondern nach wie vor eine autonome Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben. Erst nachdem sich die französische Linksregierung zu Beginn der 80er Jahre angesichts wachsender ökonomischer Schwierigkeiten – d.h. eines großen Handels- und Leistungsbilanzdefizits, Kapitalflucht, einer steigenden Staatsverschuldung, unkalkulierbarer Konsequenzen unilateraler Kapitalverkehrskontrollen etc. – von ihrem alternativen Reformprojekt verabschiedet hatte (vgl. Smith 1998: 70ff; Helleiner 1994: 140ff) und in den meisten Mitgliedstaaten Mitte-Rechts-Regierungen gebildet wurden, rückten austeritätspolitische Maßnahmen und wettbewerbsorientierte Deregulierungsinitiativen verstärkt auf die Tagesordnung.

2.2.2. *Das Binnenmarktprojekt*

Die Verallgemeinerung neoliberal-monetaristischer Strategieelemente, die mit dem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel in den wichtigsten Mitgliedstaaten einher ging, bildete zweifelsohne eine zentrale Voraussetzung für das Projekt des EG Binnenmarktes. Die neue Dynamik, die mit dieser Initiative ausgelöst wurde, kann jedoch nur dann angemessen interpretiert werden, wenn zugleich auch die *gesellschaftlichen Krisendiskurse und Problemdefinitionen*, die die öffentliche Diskussion zu Beginn der achtziger Jahre prägten, in die Betrachtung mit eingeschlossen werden. So hatte sich vor dem Hintergrund der Stagnation der europäischen Integration, der Weltwirtschaftskrise von 1980-82, einer schleppenden kon-

junkturrellen Erholung und hohen Erwerbslosenquoten in den meisten EG-Staaten mehr und mehr die Auffassung breit gemacht, daß die Ursachen hierfür in einem zu umfangreichen Wohlfahrtsstaat, zu einflußreichen Gewerkschaften, vielen institutionellen Rigiditäten, einer „Strangulierung“ von Markt und Wettbewerb, einer mangelhaften Leistungsorientierung und gehemmten Eigeninitiative, kurzum, einer sozialpolitisch motivierten Überbeanspruchung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geschuldet sei.

Im Projekt des EG-Binnenmarktes wurde diese Problemsicht – noch ergänzt um die weltwirtschaftliche Bedrohung durch die hochproduktiven Ökonomien Japans und der USA (vgl. Bonder u.a. 1992: 79ff; Sandholtz/ Zysman 1989) – schließlich positiv gewendet und in ein relativ einfaches, aber kohärentes Programm gegossen. Dies richtete sich auch gegen die Strukturen und Institutionen der EG, sofern diese als Bestandteile eines zu starren, zu bürokratischen, vor allem aber zu teuren Regulierungsregimes mit dazu beitrugen, den Wettbewerb, technologische Innovationen und Produktivitätssteigerungen systematisch zu unterbinden. Wollte man den Kräften der Modernisierung mehr Raum verschaffen, so lag es auf der Hand, durch die Beseitigung aller sog. nicht-tarifären – technischen, administrativen und politischen – Handelshemmnisse einen wirklich gemeinsamen Markt zu schaffen und die *economies of scale* voll zur Entfaltung kommen zu lassen. Die zu erwartenden ökonomischen Effekte des einheitlichen Marktes für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte sind – was das Wirtschaftswachstum, die Preisentwicklung, Produktivitätssteigerungen und auch die Beschäftigung anbetrifft – in einem Bericht von Wirtschaftsexperten ausführlich dargelegt worden (vgl. Cecchini 1988).

Einiges spricht dafür, den Binnenmarkt als ein, wenn nicht sogar als das zentrale neoliberale Kernprojekt der 80er Jahre zu betrachten. Diese Perspektive wird nicht nur gestützt durch die neoliberale Argumentation im Cecchini-Bericht oder durch die Äußerung des damaligen EG-Kommissars Karl-Heinz Narjes, der vom EG-Binnenmarkt als der „größten Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte“ (vgl. Europäische Kommission 1989: VII) sprach, sondern auch durch die maßgeblichen Interessen, die das Projekt initiiert und getragen haben. So würde es viel zu kurz greifen, nur auf die Interessen der nationalen – zumeist neoliberal bzw. neokonservativ orientierten – Regierungen zu verweisen, die letztlich eigentlich nur die Details der Einheitlichen Europäische Akte (EEA) ausgehandelt haben. Denn bevor dies überhaupt möglich wurde, ist durch die Formulierung eines übergreifenden modernisierungspolitischen Konsenses im Prozeß des Agenda-Setting bereits wichtige Vorarbeit geleistet worden. Von zentraler Bedeutung war in diesem Kontext die Rolle des European Round Table of Industrialists (ERT). In einigen Arbeiten (z.B. Appeldorn 1999; Cowles 1995) ist systematisch nachgezeichnet worden, wie die Vorstandsvorsitzenden der führenden westeuropäischen TNKs über diese Diskussions- und Arbeitsplattform die Binnenmarkt-Initiative konzeptionell entworfen und

dann in Kooperation mit der zuvor ernannten Delors-Kommission immer wieder, zum Teil auch mit Hilfe unverhohlener Drohungen, vorangetrieben haben.

Man mag nun einwenden, daß die ursprünglichen Mitglieder des ERT alles andere als in striktem Sinne neoliberal orientiert waren. Nicht nur Pehr Gyllenhammer von Volvo, sondern auch viele Vorstandsvorsitzende von französischen Unternehmen, betrachteten den Binnenmarkt primär als ein Projekt, das nur in der Kombination mit industriepolitischen Maßnahmen – möglicherweise auch gestützt durch Euro-protektionistische Akzente – von Erfolg gekrönt sein konnte. Zudem ergriff Jacques Delors immer wieder neue Initiativen, um die Marktintegration sozial-, regional- und strukturpolitisch zu flankieren, d.h. institutionell und regulativ einzubetten (vgl. Ross 1995). Von daher stellte der Binnenmarkt für seine Wegbereiter anfangs nicht unbedingt ein im strikten Sinne neoliberales Vorhaben dar. Es handelte sich vielmehr um ein Projekt mit einem neoliberalen Bias. Dieser gründete sich zunächst nur darauf, daß die wirtschafts- und sozialpolitische Integration von der des Marktes bewußt entkoppelt, und die regulative Konkurrenz der nationalen Produkte wie auch der Produktions- und Redistribuktionssysteme zum Prinzip erhoben wurde. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre fiel dies nicht weiter ins Gewicht, da der konjunkturelle Aufschwung den hiermit verbundenen Wettbewerbsdruck abmilderte. Als langfristig jedoch die weitere politische Integration hinter den Erwartungen zurück blieb, und die Konjunktur in den 90er Jahren erlahmte, machte sich die neoliberale Grundstruktur des Binnenmarktes deutlicher bemerkbar. Diese Akzentuierung war dabei zum Teil sicherlich der gesamteuropäischen Umbruchsituation – Zusammenbruch des Realsozialismus und die deutsche Vereinigung – und der Verweigerungshaltung Großbritanniens geschuldet, zum Teil aber auch der wachsenden Bedeutung des Shareholder Values und einer zunehmend globalen Orientierung der TNKs.

2.2.3. *Die Europäische Währungsunion (EWU)*

Das Projekt der EWU wurde bereits kurz nach der Ratifizierung der EEA initiiert (vgl. Featherstone 1999: 313ff). Der Binnenmarkt sah vor, den Kapitalverkehr weiter zu liberalisieren, insbesondere die Kapitalverkehrskontrollen abzuschaffen. Daß die hierdurch geförderte Beschleunigung innereuropäischer Kapitaltransaktionen das EWS-System unter Spannung setzen würde, lag auf der Hand. Von daher drängten gerade jene Länder, die unter der asymmetrischen Verteilung der geld- und finanzpolitischen Anpassungslasten zu leiden hatten, vor allem die damaligen Finanzminister Italiens (Amato) und Frankreichs (Balladur), schon Anfang 1988 darauf, die währungspolitische Struktur Westeuropas zu reformieren. Mitte des Jahres setzte der Europäische Rat in Hannover unter der Leitung von Delors dann ein Komitee ein, das mehrheitlich aus den Notenbankchefs der Mitgliedstaaten bestand und die Perspektiven einer Währungsunion ausloten sollte. Der im März 1989 vorgelegte Bericht enthielt be-

reits das später verfolgte Drei-Phasen-Modell. Wirklich in Angriff genommen wurde die EWU jedoch erst im Kontext der deutschen Vereinigung. Vermutlich ist es überzogen zu behaupten, daß diese Entwicklung primär auf einem deutsch-französischen Handel beruhte, in dem Kohl das „ganze Deutschland“ und Mitterand im Austausch hierfür die „halbe Mark“ erhielt (vgl. Ash 1998: 57f). Gleichwohl ist unverkennbar, daß das EWU-Projekt erst durch die – zum Teil widerwillige – Bereitschaft Deutschlands, sich über zwei parallele Regierungskonferenzen – eine direkt zur EWU, die andere zur Politischen Union – in Europa fest einzubinden, an Dynamik gewann. Erst auf dieser Grundlage konnte man sich dann auf die Maastrichter Konvergenzkriterien und den Dubliner Stabilitätspakt einigen. Für Tsoukalis (1997: 170) repräsentiert denn auch die EWU, selbst wenn die Interessen- und Verhandlungssituation im Vergleich zu früheren Übereinkünften etwas komplizierter war, letztlich einen typischen Gemeinschaftskompromiß:

„The French secured a clear commitment enshrined in the treaty, as well as a specific date. The Germans made sure that the date would be distant, with little happening in between, and that the new European model would be as close as possible to their own. The British secured an ‚opt-out‘ for themselves, followed by the Danes, while the poor countries obtained a more or less explicit link with redistribution.“

Nationale Interessenlagen und intergouvernementale Verhandlungen haben die Gestalt der EWU maßgeblich definiert. Darüber hinaus haben neben den Regierungen und den meisten nationalen Notenbanken jedoch auch andere, gesellschaftliche Kräfte – in erster Linie die Banken, Versicherungen, institutionellen Anleger und TNKs – die Währungsunion befürwortet. Nicht umsonst wurde von seiten der transnationalen Unternehmen unter der Leitung von Etienne Davignon und Giovanni Agnelli bereits 1987 die Association for monetary Europe (AMUE) gegründet (vgl. Greenwood 1997: 117f). Grundlegend dürften dabei unter anderem die zwei nachfolgenden Motive gewesen sein: Erstens sollte aus Sicht der TNKs – selbst wenn die Zusatzeinnahmen der FOREX-Abteilungen (foreign currency exchange) entfielen – der Binnenmarkt durch niedrigere Transaktionskosten, eine bessere Markttransparenz und klarere Kalkulationsbedingungen vollendet werden, um in der Triade-Konkurrenz besser bestehen zu können (vgl. Frieden 1998; Rode 1999); und zweitens sollte die Geldpolitik der Notenbanken von einer demokratischen Kontrolle und Einflußnahme langfristig entkoppelt und primär den Kriterien der internationalen Finanzmärkte überantwortet werden (vgl. Gill 1998). In beiden Motiven reflektierte sich zum einen ganz allgemein die wachsende Bedeutung des mobilen transnationalen Kapitals, insbesondere seine Macht die nationalen und regionalen Standortbedingungen zu bestimmen; zum anderen zeigte sich in diesen Entwicklungen zugleich, daß sich die europäische Politik in wachsendem Maße am *Shareholder Value*,

oder allgemeiner: an den *Rentier-Interessen* und der *Rentier-Mentalität* von Aktien- und Geldvermögensbesitzern orientiert.

Diese strukturellen Verschiebungen, d.h. die Aufwertung des Finanz- gegenüber dem Industriekapital (vgl. Holman/ van der Pijl 1996: 63ff), und die breitere, wenngleich sehr ungleiche Streuung des Besitzes von Aktien und Wertpapieren, haben den Inhalt und Charakter der EWU zweifelsohne wesentlich beeinflußt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist denn auch nachvollziehbar, warum sich die Regierungen und Notenbankchefs auf das rigide monetaristische Konzept, das vor allem von der deutschen Bundesbank und dem deutschen Finanzministerium verfochten wurde, einlassen konnten. Hiermit soll nicht geleugnet werden, daß die Definition und Auslegung der Konvergenzkriterien sowie später des Stabilitätspaktes angesichts der unterschiedlichen währungspolitischen Kulturen und besonderen wirtschaftlichen Ausgangslagen in den einzelnen EG-Staaten zum Teil sehr umstritten waren. Trotz aller Divergenzen im Detail war man sich – gerade auch unter dem Druck und der Erwartungshaltung der internationalen Finanzwelt – jedoch von vornherein darüber einig, daß für ein positives europäisches Anlage- und Investitionsklima die monetäre Stabilität eine unhintergehbare Voraussetzung darstellt.

2.3. *Europäischer Konstitutionalismus und neoliberale Reorganisation*

Die sehr geraffte Skizze der Wiederbelebung der europäischen Integration in den 80er und 90er Jahren läßt erkennen, daß neoliberale bzw. monetaristische Ideen den zentralen Projekten maßgeblich ihren Stempel aufgedrückt haben. Gleichwohl sind sie nur selten in Reinform realisiert worden. Zumeist haben sie sich mit anderen, teils konkurrierenden, teils komplementären Ordnungs- und Regulationskonzepten vermischt. Die Genese des konstitutionellen Rahmens vollzog sich demnach, wie gesehen, als eine Abfolge *ausgehandelter Kompromisse*. Neben nationalen Interessen, unterlag die Definition des „neoliberalen Konsenses“ (Crouch 1997) zugleich dem Einfluß konkurrierender ökonomischer und sozialer Interessen sowie spezifischen programmatisch-strategischen Akzentuierungen (vgl. Dyson 1999). Ungeachtet aller Modifikationen ist jedoch kaum zu übersehen, daß die zentralen Elemente neoliberaler Politik – der Primat monetärer Stabilität und die Deregulierung der Märkte – der neuen europäischen Governance-Struktur mit Nachdruck eingeschrieben wurden.

Zum einen haben die Projekte der Währungsintegration, d.h. das EWS und die EWU, maßgeblich dazu beigetragen, einen monetaristischen Basiskonsens zu etablieren und Fragen der Geld- und Finanzpolitik dem Einfluß von sozialen Interessen auf der nationalen Ebene zu entziehen (vgl. McNamara 1998: 170ff). Die zunehmend europäisch definierten geld- und haushaltspolitischen Vorgaben haben die Dynamik der *kompetitiven Austerität* dabei zwar modifiziert, nicht aber grundsätzlich außer Kraft gesetzt. Der Wettbewerbsdruck, der durch die er-

höhte internationale Mobilität des Finanzkapitals stimuliert wird, bleibt, global betrachtet, prinzipiell bestehen, wengleich innerhalb der EU die Geld- und Finanzpolitik im Übergang zur EWU in wachsendem Maße administrativ reguliert wird. Viele Politikfelder werden hier von, über die Verknappung der zu verteilenden Ressourcen, zumindest indirekt tangiert. Besonders stark sind die Anpassungszwänge für den öffentlichen Sektor, die sozialen Sicherungssysteme, die sozialpolitische Regulation und nicht zuletzt für die Systeme der industriellen Beziehungen sowie für die Tarifpolitik. Schon früh haben einige Wissenschaftler davor gewarnt (vgl. Altwater/ Mahnkopf 1993; Busch 1994), daß eine gemeinsame Währung ohne eine umfangreiche Regional- und Strukturpolitik durch die Ausschaltung des Wechselkursmechanismus den Anpassungsdruck auf die Löhne und Sozialleistungen bzw. die Gefahr eines Sozialdumpings strukturell erhöht.

Zum anderen hat das Binnenmarktprojekt einen Prozeß der *kompetitiven Deregulierung* in Gang gesetzt. Die Hintergrundfolie bildet auch hier die Globalisierungsdynamik, d.h. die wachsende Bedeutung grenzüberschreitender Waren- und Kapitalströme, und die hierdurch intensivierte Standortkonkurrenz. Der EG-Binnenmarkt hat diese Entwicklung gewissermaßen institutionalisiert. Nach dem Muster des EuGH-Urteils zum Fall „Cassis de Dijon“ wurde der bis dato verfolgte Harmonisierungs- durch den Anerkennungsansatz ersetzt, genauer: durch die wechselseitige Anerkennung nationaler Produkt- und Produktionsnormen (vgl. Sun/ Pelkmans 1995). Die hierdurch stimulierte *regulative Konkurrenz* – die Anpassung der bestehenden Regulationsformen an die Erfordernisse des Marktes – beschränkt sich dabei offenbar nicht nur auf die hergestellten Produkte, sondern erfaßt über die Intensivierung des Wettbewerbs auch zunehmend die Systeme der wohlfahrtsstaatlichen Regulation und die industriellen Beziehungen (vgl. Streeck 1998).

Die Dynamiken der *kompetitiven Deregulierung* und *kompetitiven* bzw. *administrativen Austerität* haben offenbar recht ähnliche, sich mitunter wechselseitig verstärkende Konsequenzen. Innerhalb der EG/ EU konstituieren sie einen Mechanismus, der zumeist als *Regime-Konkurrenz* bezeichnet wird und infolge dessen die nationalen Regierungen und die Sozialpartner dazu angehalten werden, das sozio-ökonomische Regulationsgefüge so zu modernisieren, daß es im Wettbewerb mit den anderen nationalen oder auch regionalen Standorten bestehen kann. Hierbei wird der innereuropäische Wettbewerbs- und Anpassungsprozeß durch eine marktflankierende Politik auf der supranationalen Ebene zwar partiell eingebettet bzw. koordiniert (vgl. Leibfried/ Pierson 1998), letztlich allerdings kaum nennenswert aufgefangen. Die neoliberale Definition der Wirtschaftspolitik in Westeuropa, nicht zuletzt der monetaristische Modus der Markt- und Währungsintegration scheint im Prinzip allseits akzeptiert. Konflikte zwischen den (sozial-)politischen Akteuren thematisieren kaum noch die Wirtschafts-, Fi-

nanz- und Währungspolitik, sondern beziehen sich eigentlich nur noch auf Fragen der sozial-regulativen Flankierung der neuen europäischen Ökonomie (vgl. Platzer 1997).

Ungeachtet einiger – oftmals nur symbolischer – Konflikte, stehen für die meisten politischen Akteure die konstitutionelle Festschreibung und Intensivierung der Marktdisziplin außer Frage. Insofern bestätigt sich die Einschätzung, daß nach der Auflösung des „embedded liberalism“ die Grundstrukturen eines „competitive liberalism“ (McNamara 1998) bereits fest etabliert sind. Mit Blick auf die Modifikationen in Westeuropa läßt sich die neue *neoliberale Konstellation* jedoch noch etwas spezifischer, d.h. konstitutionell als „embedded neo-liberalism“ (Apeldoorn 1999), prozedural als „compensatory neo-liberalism“ (Ryner 1999) und ideologisch-konzeptionell als „communitarian neo-liberalism“ (Bieling 1998) bestimmen. Hierdurch wird nicht nur hervorgehoben, daß sich der neoliberale Konstitutionalismus und die Disziplinierung durch den Markt in den westeuropäischen Gesellschaften widersprüchlich artikuliert. Es wird auch deutlich, daß der gesellschaftliche Reorganisationsprozeß trotz der marktliberalen Ausrichtung immer auch politisch-regulativ koordiniert wird. Diese Koordination und Regulierung erfolgt auf der nationalen, in wachsendem Maße aber auch auf der supranationalen Ebene. Zuletzt wurde mit dem Versuch, durch ein politisches *Benchmarking* – z.B. über einen stetigen Austausch an Informationen, regelmäßige Treffen und Diskussionen, die wechselseitige Lernprozesse anregen sollen – auch nicht-ökonomische Kriterien wie Beschäftigungsfragen in eine politisch koordinierte *Regime-Konkurrenz* einzubringen (vgl. Tidow 1999), der *Best-Practice* Kapitalismus innerhalb der EU von Sozialdemokraten geradezu zum Prinzip erhoben.

Die hiermit verbundene „(Selbst-)Einschränkung“ sozialdemokratischer Politik läßt sich zum Teil über das Theorem der „(un-)holy Trinity“ erklären (vgl. hierzu u.a. McNamara 1998: 44ff; Tabb 1999: 4ff). Das Grundproblem der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung besteht demzufolge darin, daß sich von drei zentralen Zielsetzungen – freier Kapitalverkehr, stabile Wechselkurse und eine autonome Geld- und Finanzpolitik – maximal zwei miteinander in Einklang bringen lassen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war zum Wohle einer expansiven Geld- und Finanzpolitik der freie Kapitalverkehr geopfert worden. Nach der Liberalisierung der globalen Finanzbeziehungen muß heute offensichtlich entweder das Ziel stabiler Wechselkurse aufgegeben werden, oder die nationalen Regierungen müssen auf eine autonome Geld- und Finanzpolitik verzichten. Das EWS und noch mehr das Projekt der EWU zeigen, daß zumindest innerhalb der EU die Entscheidung zu Lasten einer autonomen Geld- und Finanzpolitik gefallen ist. Die aktuelle Situation ähnelt damit stark der Situation gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als mit dem Goldstandard ebenfalls ein Festkurssystem bei hoher internationaler Kapitalmobilität und fehlender geldpolitischer Autonomie existierte. Allerdings bestehen auch gravierende Differenzen zur prä-keynesianischen Ära: Zum einen können

sich die Regierungen in Westeuropa der politischen Kontrolle durch die Systeme der repräsentativen Demokratie nicht einfach entziehen; und zum anderen sind die Gesellschaften ungeachtet des neoliberalen *Roll back* noch immer durch ein hohes Maß an staatlicher Intervention und sozialpolitischer Regulierung gekennzeichnet. Nichtsdestotrotz wird aber auch hier erkennbar, daß diese politischen Puffer schwächer werden und sich der Verlust einer geld- und finanzpolitischen Autonomie auch in der konzeptionellen Ausrichtung der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik niederschlägt. Nahezu alle Politikfelder werden durch die Disziplinierung der Finanzpolitik, die Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben, Privatisierungsprogramme, eine wettbewerbsorientierte Steuerreform, Anreize für Direktinvestitionen sowie die Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme Schritt für Schritt auf die „extern“ gesetzten Kriterien der TNKs und internationalen Finanzmärkte zugeschnitten (vgl. Röttger 1997).

3. Der „neue Revisionismus“, oder: das sozialdemokratische Dispositiv neoliberaler Politik

Die übergeordneten Ziele einer marktorientierten Standortverbesserung und der Primat monetärer Stabilität werden nur noch selten hinterfragt. Die politischen Akteure scheinen sich allenfalls noch darin zu unterscheiden, daß sie diese Vorgaben verschieden begründen – mal monetaristisch, mal stärker neo-keynesianisch – und demzufolge auch leicht voneinander abweichende Wege ihrer Realisierung befürworten. Zumeist werden in der wissenschaftlichen Diskussion zwei idealtypische Konzeptionen unterschieden (vgl. u.a. Lipietz 1992; Albo 1994; Cox 1993; Streeck 1994):

Die eine Konzeption, die man im strikten Sinne als neoliberal bezeichnen kann und die am deutlichsten in Großbritannien unter Thatcher verfolgt wurde, proklamiert eine sehr weitreichende Politik der Privatisierung, der Deregulierung, der Beschneidung von Gewerkschaftsrechten und des Sozialabbaus. Als Resultat dieser Bemühungen wird eine wachsende soziale Ungleichheit – als Maßnahme zur Förderung von Wettbewerb und Leistungsbereitschaft – nicht nur in Kauf genommen, sondern sogar aktiv gefördert. Dies reflektiert sich auch in der Steuerpolitik sowie in den Programmen zur Haushaltskonsolidierung, unter denen die abhängig Beschäftigten und die Empfänger von Sozialleistungen in besonderem Maße zu leiden haben.

Die andere, stärker sozialdemokratisch orientierte Konzeption, ist sich mit den neoliberalen Verfechtern über die Ziele einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit, Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung zwar grundsätzlich einig, versucht dies jedoch auf einem alternativen Entwicklungspfad zu erreichen. Entsprechend spielen qualitative Wettbewerbskomponenten,

wie technologischer Fortschritt, ökologische Produktions- und Konsummuster, organisatorische Innovationen, die Verbesserung von Infrastruktur und beruflicher Qualifikation etc. eine größere Rolle. Zudem wird versucht über eine kooperative Entscheidungsfindung – in korporatistischen Netzwerkstrukturen – die sozialen Hierarchien abzuschwächen und extreme gesellschaftliche Ungleichheiten zu vermeiden. In die gleiche Richtung weist auch die Suche nach neuen – eher indirekten und dezentralen – Regulationsformen, über die instabile Situationen und Krisen vermieden werden sollen.

3.1. Krisen und Widersprüche der neoliberalen Restrukturierung

Die zweite – sozialdemokratische – Konzeption hatte sich zum Teil bereits gegen Ende der 80er Jahre mit der neoliberalen Konstellation grundsätzlich arrangiert. Maßnahmen der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung waren ihr – auch programmatisch – keineswegs mehr so fremd wie noch einige Jahre zuvor (vgl. Smith 1998). In den neunziger Jahren wurde die Hinwendung zu einer stärker marktorientierten Modernisierungsstrategie über die Diskussion um einen neuen „Dritten Weg“ (Giddens 1998) und eine ideologisch-konzeptionelle Selbstverortung „Jenseits von Links und Rechts“ (Giddens 1995) dann aber nochmals akzentuiert. Die doppelte Abgrenzung – gegen eine harte marktfixierte neoliberale Deregulierung auf der einen und das *Big Government* der alten Sozialdemokratie auf der anderen Seite – wurde gewissermaßen zum Markenzeichen einer neuen sozialdemokratischen „Reformpolitik“. Die Abkehr von einer umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Redistribution und einer direktiven Staatsintervention verstand sich angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus und des in der Öffentlichkeit vorherrschenden Anti-Etatismus in gewisser Weise von selbst. Von daher erfolgte die Neubegründung sozialdemokratischer Politik zunächst primär über die Kritik eines exzessiven Neoliberalismus.

In den 90er Jahren drängte diese Kritik in den meisten Gesellschaften Westeuropas zunehmend auf die Tagesordnung, da die bisherigen, neoliberal begründeten Modernisierungsstrategien, ökonomisch wie auch sozial nicht besonders erfolgreich gewesen waren. Im Unterschied zur politisch-ideologischen und diskursiven Ausstrahlungskraft blieben die Wachstums-, Produktivitäts- und Beschäftigungseffekte deutlich hinter den Erwartungen zurück, so daß auch die Belastung der sozialen Sicherungssysteme – trotz eingeschränkter sozialer Leistungen – nicht nennenswert reduziert werden konnte. Statt dessen verschärfte sich die soziale Ungleichheit, Zukunftsängste und Formen der gesellschaftlichen Verunsicherung nahmen zu. Das Gros der Bevölkerung sah sich einem intensivierten Konkurrenzdruck ausgesetzt. Nicht nur in den USA und nicht nur in den Mittklassen grassierte die „Angst vor dem Absturz“ (Ehrenreich 1992), auch anderen sozialen Gruppen traten die negativen Effekte der kapitalistischen Disziplinierung zunehmend ins Bewußtsein. Im Kontext der neoliberalen Restrukturierung

zung vereinnahmte die kapitalistische Akkumulationsdynamik immer stärker auch jene Bereiche, die zuvor noch politisch oder regulativ geschützt waren, so z.B. den öffentlichen Dienst, die familiäre Reproduktion etc. (vgl. van der Pijl 1998: 31ff). Die hierdurch erzeugte materielle Unsicherheit stimulierte Proteste, Demonstrationen und Streiks und eine wachsende öffentliche Sensibilität gegenüber den sozialen Konsequenzen einer primär marktgetriebenen gesellschaftlichen Modernisierung (vgl. Deppe/ Felder 1993).

3.1.1. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit

In den 80er Jahren galten die hohe Inflation, die umfangreiche Regulierung der Märkte und starke Gewerkschaften noch gemeinhin als die zentralen Hindernisse, die einer forcierten ökonomischen Modernisierung, einem tragfähigen Wirtschaftswachstum und einer verbesserten internationalen Wettbewerbsfähigkeit entgegenstanden. Doch obwohl diese vermeintlichen Grundübel in der Folgezeit weitgehend beseitigt worden waren, hatte sich die Wirtschaftssituation in den meisten Ländern Westeuropas bis Mitte der 90er Jahre kaum nennenswert gebessert. Fast überall war die Konjunktur schwach bis mäßig, gesamtgesellschaftliche Produktivitätssteigerungen blieben auf niedrigem Niveau, nur die Erwerbslosenquoten erhöhten sich Schritt für Schritt (vgl. Bieling/ Deppe 1997). Schon nach der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre waren sie nach oben geschneilt, ohne in den Aufschwungjahren wieder nennenswert zurückzugehen. Der gleiche Vorgang wiederholte sich dann noch einmal nach der Krise von 1980-82 sowie zu Beginn der neunziger Jahre. In den EU Mitgliedstaaten waren Mitte des Jahrzehnts nicht nur ca. 20 Mio. Menschen, also über 11% der Erwerbsbevölkerung, offiziell als erwerbslos gemeldet, auch die Gruppe der Armen war auf etwa 50 Mio. Personen angewachsen (vgl. Huster 1996). Die sozialen Probleme – gerade auf dem Arbeitsmarkt – beeinflussten die öffentliche Diskussion dahingehend, daß die Beschäftigungskrise zum Thema Nummer eins wurde, und die Sorge um eine zu hohe Inflation immer mehr in den Hintergrund trat.

In diesem Kontext fiel natürlich auch ein schlechtes Licht auf den Prozeß der europäischen Integration. Ungeachtet aller positiven Berechnungen (vgl. Calingaert 1999: 170) hat sich die Arbeitsmarktsituation durch die Etablierung der neoliberalen Agenda weiter verschlechtert. Zum einen beschleunigte der Binnenmarkt entgegen der prognostizierten Wachstums- und Beschäftigungseffekte über die Intensivierung des Wettbewerbs zunächst vor allem die Unternehmensreorganisation, d.h. die Verschlankung der Produktion („lean production“), die logistische Restrukturierung („just in time“), grenzüberschreitende Fusionen etc. Das sich hierbei entfaltende Rationalisierungspotential und die wachsende Bedeutung des *Shareholder Values* haben sich unter sozialen Gesichtspunkten auf den Arbeitsmärkten negativ ausgewirkt. Die hohen Erwerbslosenquoten bildeten dabei nur die Spitze des Eisbergs. Über die Ausbreitung

atypischer Beschäftigungsformen – von der Teilzeitarbeit, über die befristete Beschäftigung bis hin zur Leiharbeit und andere Formen der prekären Beschäftigung – vollzog sich eine schleichende Informalisierung der Ökonomie und die Verschärfung sozialer Ungleichheiten.

Zum anderen wurden die vielfältigen sozialen Problemlagen zunächst durch das EWS und dann durch die Vorbereitungen zur EWU in besonderem Maße zugespitzt. Die in Maastricht vereinbarten Konvergenzkriterien – vor allem die Schuldenbegrenzung der öffentlichen Haushalte, aber auch die Vorgaben für eine möglichst niedrige Inflationsrate und eine Zinsobergrenze – zwangen die Regierungen, deren Länder an der EWU teilnehmen wollten, vor dem Hintergrund einer angespannten Wirtschaftslage zu einem austeritätspolitischen Kurs. Um kein Mißtrauen der Finanzmärkte zu provozieren, befolgten sie die vertraglichen Vorgaben und damit eine krisenverschärfende, pro-zyklische Politik. Trotz der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme wurde daran festgehalten, kurzfristig die Haushaltsverschuldung zurückzuführen. Konkret führte dies zu einer Beschneidung der sozialen Standards und Leistungen, zur forcierten Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand, zu Entlassungen und zu einer allgemein sehr restriktiven Lohnpolitik. In einigen Ländern, in vorderster Linie in Frankreich (vgl. Steinhilber 2000), mündete dies in Protest-, Demonstrations- und Streikwellen, in denen die Vorgaben der EU zum Teil explizit kritisiert wurden. In diesem Kontext mehrten sich in der politischen Öffentlichkeit denn auch die Stimmen, die angesichts der andauernden Arbeitsmarktkrise und der wachsenden sozialen Problemlagen andere politische Prioritäten setzen wollten.

In der Diskussion schienen diejenigen Wirtschaftswissenschaftler und Manager, die gemäß des NAIRU-Theorems (d.h. der Annahme einer „non accelerating inflation rate of unemployment“) die Erwerbslosigkeit als ein Mittel betrachteten, um die Gewerkschaften weiter zu schwächen und den Lohnauftrieb zu bremsen, mehr und mehr zu verstummen. In den Mittelpunkt rückten statt dessen die sozio-ökonomischen Konsequenzen, die sich aus fortwährenden Kosteneinsparungen, einer sozialpolitischen Deregulierung und einer permanenten Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt ergaben. Habermas (1996: 148f) hat das sich hieraus ergebende *Zeitempfinden* recht griffig zusammengefaßt:

„Die sozialen Folgen einer Abdankung der Politik, die für das Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine hohe Dauerarbeitslosigkeit und den Abbau des Sozialstaats in Kauf nimmt, zeichnen sich in den OECD-Ländern schon ab. Die Quellen der gesellschaftlichen Solidarität trocknen aus, so daß sich Lebensbedingungen der vormals Dritten Welt in den Zentren der Ersten ausbreiten. Diese Trends verdichten sich im Phänomen einer neuen ‚Unterklasse‘. [...] Auf längere Sicht sind zumindest drei Konsequenzen unausweichlich. Eine Unterklasse erzeugt soziale Spannungen, die sich in selbstdestruktiv-ziellosen Revolten entladen und nur mit repressiven Mitteln kontrolliert werden können. Der Bau von Gefängnissen, die Organisation der inneren Sicherheit überhaupt, wird dann zur Wachstums-

industrie. Ferner lassen sich soziale Verwahrlosung und physische Verelendung nicht lokal begrenzen. Das Gift der Ghettos greift auf die Infrastruktur von Innenstädten, ja Regionen über und setzt sich in den Poren der ganzen Gesellschaft fest. Dies hat schließlich eine moralische Erosion der Gesellschaft zur Folge, die jedes republikanische Gemeinwesen in seinem universalistischen Kern versehren muß. Formal korrekt zustandgekommene Mehrheitsbeschlüsse, die nur die Statusängste und Selbstbehauptungsreflexe einer vom Abstieg bedrohten Mittelschicht widerspiegeln, untergraben nämlich die Legitimität der Verfahren und Institutionen. Auf diesem Wege wird die eigentliche Errungenschaft des Nationalstaates, der seine Bevölkerung über demokratische Beteiligung integriert hat, verspielt.“

Die Befürchtung, daß die Fortsetzung neoliberaler Anpassungsprogramme das soziale Fundament von Zivilgesellschaft und Demokratie ernsthaft beeinträchtigt, war vor allem in den sozial-integrativ orientierten Mittelklassen verbreitet. Für das Gros der abhängig Beschäftigten dürfte eine andere Sorge von größerem Gewicht gewesen sein: nämlich die Angst, aufgrund der Vergeudung produktiver Ressourcen – als eine solche wurde die hohe Erwerbslosigkeit zunehmend interpretiert – im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten zu können. Mehr und mehr rückte in den Vordergrund, daß sich die Konsequenzen der Arbeitsmarktkrise – z.B. Armut, Kriminalität, soziale Unordnung, der Verfall der Innenstädte und die Desintegration von Familien und Gemeinschaften – langfristig betrachtet, negativ auf die berufliche Qualifikationsstruktur, das freiwillige persönliche Engagement und die Kreativitäts- und Innovationspotentiale auswirken. Die monetaristisch motivierten Sparhaushalte schienen nicht zuletzt den öffentlichen Dienst und die sozialen Leistungen zu beeinträchtigen. In vielen Gesellschaften Westeuropas – insbesondere in Großbritannien, dem „Mutterland“ der neoliberalen „Konterrevolution“ (vgl. Cockett 1995) – erodierte Schritt für Schritt die produktive Infrastruktur, insbesondere das Bildungs- und Ausbildungssystem. Nicht ohne Grund mehrten sich daher warnende Stimmen, die darauf hinwiesen, daß durch die neoliberale Schlankheitskur die qualitativen Komponenten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, z.B. technologisches Know How und Humanressourcen, strukturell beeinträchtigt werden.

3.1.2. Marktherrschaft und Demokratie

Mit der Dominanz von primär kurzfristig orientierten Wettbewerbsstrategien – d.h. Strategien der Kostensenkung – schritt nicht nur die soziale Desintegration, d.h. die Auszehrung bzw. Erschöpfung der Gesellschaft voran. Die Unterwerfung von Politik und Gesellschaft unter die Imperative des kapitalistischen Marktes beeinträchtigte zunehmend auch die zentralen politischen Institutionen, in vorderster Linie den Wohlfahrtsstaat und das System der repräsentativen Demokratie. Auf das Problem, daß sich die Wiederkehr sozialer Problemlagen und die gleichzeitige Reduktion des wohlfahrtsstaatlichen Sicherungsniveaus auf die (zivil-) gesellschaftliche Infrastruktur, d.h. das soziale und kommunikative Fundament der Demokratie,

grundsätzlich negativ auswirkte, wurde bereits hingewiesen. In diesem Sinne haben denn auch unzählige (Streit-)Schriften im Verlauf der letzten Dekade immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß ein vollkommen entfesselter Markt, eine desintegrierte Gesellschaft und eine tendenziell (selbst-)entmachtete Politik auf der einen sowie eine gehaltvolle und funktionsfähige Demokratie auf der anderen Seite nicht miteinander in Einklang zu bringen sind (vgl. u.a. Narr/ Schubert 1994; Koch 1995; Martin/ Schumann 1996; Forrester 1997). Die Kritik an der neoliberalen Globalisierung erlangte dabei nicht nur eine diffuse Aufmerksamkeit in der politischen Öffentlichkeit – im Feuilleton, in Talkshows etc. –, sondern zunehmend auch bei sozialdemokratischen Politikern.

In Deutschland hat sich vor allem Oskar Lafontaine dafür stark gemacht, die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten zu re-regulieren und wieder unter politische Kontrolle zu bekommen, um auch der nationalen Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Beschäftigungspolitik im Bemühen um ein höheres Wirtschaftswachstum sowie die Reform der Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme größere Handlungsspielräume zu verschaffen (vgl. Lafontaine/ Müller 1998). Im Kern wurde hiermit eine Position formuliert, die vor dem Hintergrund einer wachsenden Kapitalmobilität und europäisch koordinierten bzw. fixierten, global aber freien Wechselkursen, die schwindende Autonomie der nationalen Geld- und Finanzpolitik – unter demokratischen Gesichtspunkten – explizit zum Thema machte (vgl. hierzu auch Hufschmid 1999). Wie man weiß, ist das Bestreben, dem Autonomieverlust der Politik entgegenzuwirken, bislang nicht erfolgreich gewesen. In der EU sind die Initiativen für eine engere wirtschafts-, finanz- und auch sozialpolitische Kooperation ebenso zurückgewiesen bzw. verwässert worden, wie auf globaler Ebene der Vorschlag, zwischen dem Euro und dem US-Dollar Wechselkurszielzonen zu vereinbaren (vgl. z.B. Lafontaine/ Strauss-Kahn 1999).

Die Zurückweisung solcher Vorstöße sollte nun aber nicht unbedingt als ein Zeichen dafür verstanden werden, daß die Befürworter unregulierter Finanzmärkte das Terrain beherrschen und den Konflikt bereits für sich entschieden hätten. Angesichts fortwährender Krisen und Instabilitäten mehren sich selbst innerhalb der internationalen Finanzwelt – in vorderster Linie die Weltbank (vgl. Panitch 1998) – die Stimmen, die danach rufen, den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr durch regulative Mindeststandards abzusichern. Um etwaigen Kettenreaktionen, die sich aus Liquiditätsengpässen, Banken- oder sogar Staatspleiten ergeben könnten, vorzubeugen, versuchen die Regierungen der OECD-Staaten in Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen zunehmend, die Liberalisierung des globalen Kapitalverkehrs regulativ zu konsolidieren (vgl. Report 1999). Welchen Charakter die Konsolidierung haben wird, ist vorerst noch nicht entschieden. Die bisher unterbreiteten Vorschläge deuten allerdings darauf hin, daß die Re-Regulierung der Finanzmärkte vor allem im Zeichen einer weiteren Disziplinierung der nationalen Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik stehen wird.

3.2. *Programmatische und ideologische Neuorientierungen*

Der Frage der zukünftigen Finanzarchitektur kommt – gerade im Hinblick auf die innere Verfaßtheit demokratischer Gesellschaften – sicherlich eine ganz zentrale Bedeutung zu, auch wenn das Ziel der demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte in der Sozialdemokratie derzeit, sieht man von einzelnen Personen und kleineren Gruppen einmal ab, keine Priorität hat. Sie profiliert sich gegenüber der neoliberalen Politik in erster Linie dadurch, daß sie die negativen ökonomischen und sozialen Konsequenzen der marktfixierten Modernisierung mitunter scharf kritisiert und zugleich die Vorteile eines alternativen, kooperativ angelegten Modernisierungspfads hervorhebt. Der TINA-Slogan der alten Thatcher-Regierung, wonach es zur Roßkur eines harten neoliberalen Wettbewerbs keine Alternative gibt, wird somit zwar prinzipiell ausgehebelt, allerdings nur, um zugleich durch den Slogan „There is only one Alternative“, d.h. eine sozialdemokratisch gefärbte, qualitativ orientierte Wettbewerbs- und Anpassungspolitik, ersetzt zu werden. Die neue sozialdemokratische Programmatik stützt sich in bezug auf die *Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik* – in einem eher schwachen Kontrast zum neoliberalen Wettbewerbsmodell – mehr oder minder explizit auf einen „halbierten“, d.h. angebotspolitisch verengten neo-keynesianischen Ansatz; und in Ergänzung hierzu läßt sie sich darüber hinaus *gesellschaftspolitisch* von der kommunitaristischen Kritik an einer übertriebenen Marktorientierung inspirieren.

3.2.1. *Kommunitaristische Inspirationen*

Zunächst hatte sich der Kommunitarismus in Nordamerika als eine philosophische Denkrichtung konstituiert, deren Anhänger mit der Kritik des liberalen Individualismus die grundlegende Bedeutung wertintegrierter Gemeinschaften, insbesondere die hierin eingelagerten sozial-moralischen Handlungsressourcen, hervorhoben (vgl. hierzu u.a. Honneth 1995). Schon bald diffundierte der kommunitaristische Gemeinschaftsbezug dann in die angrenzenden sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In der Soziologie wie in der Politikwissenschaft bildete das Ideal aufgeschlossener, sozial integrierter Gemeinschaften den positiven Referenzpunkt der mitunter recht pessimistischen kommunitaristischen Krisendiagnose und Gesellschaftskritik (vgl. hierzu Bieling 2000). Deren Aufmerksamkeit galt dabei in erster Linie der Erosion tradierter Werte und Bindungen. Wie in vielen anderen Zeitdiagnosen (vgl. Heitmeyer 1997a; 1997b) rückte damit immer häufiger die Verallgemeinerung sozialer Anomie in den Mittelpunkt der wissenschaftsinternen wie auch öffentlichen Diskussion.

Die kommunitaristisch orientierten Krisenanalysen stimmen in bezug auf die konkreten Ursachen dieser Entwicklung natürlich nicht immer ganz überein. Insgesamt läßt sich jedoch ein mehrstufiges Erklärungsmodell herausdestillieren. Auf einer sehr hohen Abstraktionsstufe ist

Charles Taylor (1994: 101f) zufolge eine Übersteigerung jener Organisationsprinzipien zu beobachten, die lange Zeit die moderne Konsumgesellschaft geprägt haben: Neben der fortwährenden, materialistischen Steigerung des Konsums, waren dies ein überzogenes Fortschritts- und Effizienzdenken, ein exzessiver Drang zur Selbstverwirklichung und eine wachsende soziale und räumliche Mobilität. All diese Tendenzen haben mit dazu beigetragen, daß die Identität des modernen Subjekts in die Krise geriet bzw. stark verunsichert wurde. Einige Analysen, die konkreter, aber immer noch strukturell angelegt sind, knüpfen an diese Kritik der Auswüchse der modernen kapitalistischen Konsumgesellschaft an. Sie heben hervor, daß die gemeinschaftlichen Lebenszusammenhänge von zwei Seiten aus unter Druck geraten: zum einen durch zu weitgehende staatliche Interventionen und Regulierungen, die die Eigeninitiative administrativ ersticken; und zum anderen durch eine zu rasche Ausweitung der Marktbeziehungen – manche sprechen sogar vom „Imperialismus“ bzw. der „Tyrannei“ des Marktes (vgl. Bellah 1992; Walzer 1992: 82f) –, infolge derer das Gemeinschaftsleben immer stärker ökonomischen Kriterien unterworfen wird.

Für die meisten Kommunitaristen wird der Ökonomismus und ein exzessiv individualistisches Selbstverständnis durch die Ideologie der neoliberalen Modernisierung auf die Spitze getrieben (vgl. Etzioni 1997). Gestützt wird diese Sichtweise durch eine Reihe von Restrukturierungstendenzen: Erstens arbeiten die neoliberalen Strategien der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung offenkundig einer der sozialen Verantwortung enthobenen Marktherrschaft in die Hände; zweitens verstärkt das hierin zum Ausdruck kommende Profitstreben die Rationalisierungsdynamik, vertieft und festigt also die Krise der Erwerbsarbeit (vgl. Rifkin 1995); und drittens forciert die neoliberale Restrukturierung die Globalisierung der Waren-, Kapital- und Finanztransaktionen, so daß die Gruppe derjenigen, die sich als „Symbolanalytiker“ (Reich 1996) von ihren sozialen Pflichten enthoben fühlen können, immer größer wird. Die Sezession bzw. schwindenden Sensibilität der gesellschaftlichen Eliten (vgl. Lasch 1995) ist auch von Giddens (1998: 120ff), dem Vordenker und Initiator der Diskussion über den neuen *Dritten Weg*, explizit aufgegriffen worden. Über die Neudefinition von sozialen Ungleichheitsverhältnissen gelangt er zum Phänomen der „doppelten Exklusion“, dem vermeintlichen Kernproblem der heutigen Zeit:

„Zwei Formen der Exklusion zeichnen sich in modernen Gesellschaften immer deutlicher ab. Eine ist der Ausschluß derer am unteren Ende, die vom Gros der Gesellschaft angebotenen Chancen abgeschnitten sind. Am oberen Ende findet sich die zweite Form, ein freiwilliger Ausschluß: Die ‚Revolte der Eliten‘ besteht im Rückzug reicherer Gruppen aus den öffentlichen Institutionen und einem vom Rest der Gesellschaft abgeschirmten Leben. Privilegierte Teile der Bevölkerung verschanzen sich in ihren Lebensbereichen und ziehen sich aus dem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem zurück.“ (ebd.: 121)

Derartige, kommunitaristisch akzentuierte Beobachtungen sind von führenden Politikern aus den Reihen der Sozialdemokratie in den neunziger Jahren bereitwillig aufgegriffen worden. Eine mehr oder minder direkte politische Beratung durch Intellektuelle wie Giddens oder Etzioni ist dabei zweifelsohne förderlich gewesen. Giddens enge Kontakte zu Tony Blair sind allseits bekannt. Der Wirkungskreis von Etzioni scheint im Vergleich dazu noch etwas weiter gespannt: Bei seinen Rundreisen zwischen 1994 und 1998 hat er

„ein offenes Ohr nicht nur bei Intellektuellen und Studenten, sondern vor allem auch bei führenden Politikern wie Kurt Biedenkopf, Rudolf Scharping, Norbert Burger, dem Oberbürgermeister von Köln, Joschka Fischer, dem SPD-Theoretiker Thomas Meyer und anderen gefunden. Jacques Delors, der frühere EU-Präsident, redete bald wie ein echter Kommunitarier, und ebenso David Willets von den britischen Tories sowie Paddy Ashdown von den Liberalen.“ (Reese-Schäfer 1999: 299)

Von den direkten Kontakten einmal abgesehen, erfolgte die Vermittlung kommunitaristischer Ideen zudem über ein von Etzioni koordiniertes Netzwerk, die Zeitschrift *The responsive community* sowie das *Manifest amerikanischer Kommunitarier*, das eine Reihe einprägsamer Ideen und Maßnahmen unterbreitete, die sich allesamt auf das Leitbild sozialer Kohäsion und demokratischer Teilhabe bezogen: so z.B. die Vermittlung von Werten und Überzeugungen, der Stellenwert eines freiwilligen gesellschaftlichen Engagements, die Stabilisierung von Familien, Schulen und Gemeinschaften und die Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur.

Gegen die Gefahr der doppelten Exklusion und des Gemeinschaftsverfalls sind die kommunitaristischen Programmpunkte, da sie sich auch in den Medien gut „verkaufen“ lassen, nicht nur vordergründig attraktiv. Gegenüber der freiwilligen Exklusion der Eliten präsentieren sich die sozialdemokratischen Politiker – mit ihrer Bereitschaft, den Spitzensteuersatz zu senken – zwar eher hilflos, mit der Stärkung der (zivil-)gesellschaftlichen Infrastruktur (d.h. von Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen) und der Revitalisierung von Gemeinschaftsnetzwerken (Familien, Vereine, Nachbarschaften etc.) verfolgen sie zugleich aber auch sehr grundlegende Zielsetzungen: Erstens erhoffen sie sich hierdurch, die Kernpunkte der sozialdemokratischen Programmatik – Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Solidarität, soziale Gerechtigkeit etc. – trotz der Akzeptanz der neoliberalen Konstellation in eine zeitgemäße Form bringen zu können (vgl. z.B. Sassoon 1997a: 736ff); zweitens erwarten sie, daß eine rege Kommunikation in der gemeinschaftsbasierten Zivilgesellschaft mit dazu beiträgt, die sozialmoralischen Grundlagen der liberalen Demokratie zu festigen; drittens – dieser Aspekt rückt immer stärker in den Vordergrund – betrachten sie die soziale Kohäsion und kooperative Organisationsformen als positive Wettbewerbsfaktoren (vgl. Albo/ Zuege 1999), auf deren Grundlage sich auch etwaige Wettbewerbsprobleme relativ kostengünstig, d.h. gemeinschaftlich und selbstverantwortlich, bewältigen lassen; und viertens schließlich generieren kommu-

nitaristisch inspirierte Konzepte eine „kulturelle Revolution“ (vgl. Meyer 1999), um den politisch-institutionellen Reformprozeß zu beschleunigen. Offensichtlich tragen Schlagwörter wie „neue Unternehmenskultur“ und „Selbstverantwortung“ oder auch Konzepte wie „Employability“, „aktivierender Staat“, „competitive solidarity“ und „supply-side egalitarianism“ (Streck 1999) entscheidend dazu bei, die Reform der Arbeitsmärkte und des Wohlfahrtsstaats ideologisch zu unterfüttern. Daß man sich hierdurch in vielen Punkten – weniger konzeptionell als vor allem in der politischen Praxis – neoliberalen und neokonservativen Positionen annähert (vgl. Smith 1997; Bieling 1998; Dörre 1999), ist in Anbetracht fehlender umsetzungsfähiger Alternativen nur für wenige ein ernsthaftes Problem.

3.2.2. *Neo-Keynesianismus*

Die Neuorientierung der Sozialdemokratie beschränkt sich keineswegs auf Überlegungen zur Gesellschaftspolitik. Auch die wirtschaftspolitische Konzeption ist – nationale Unterschiede in Rechnung gestellt – grundlegend überdacht worden. Ähnlich wie der Kommunitarismus dem neoliberalen Individualismus das Leitbild einer kommunikativ und kooperativ abgestützten, eventuell sogar wertintegrierten sozialen Kohäsion gegenüberstellt, kritisiert der Neo-Keynesianismus das naive Vertrauen des Neoliberalismus in die Funktionsfähigkeit der Märkte, um zugleich die Vorteile einer *institutionellen Einbettung* und *kooperativen Ausgestaltung* wirtschaftlicher Prozesse herauszustellen. Im Unterschied zu herkömmlichen keynesianischen Argumentationsmustern, die sich in erster Linie für eine expansive Haushaltspolitik aussprachen, hat der Neo-Keynesianismus die angebotspolitische Agenda prinzipiell akzeptiert (so bereits Scharpf 1987). In diesem Sinne wird von vornherein ausgeschlossen, daß die Wettbewerbs- und Beschäftigungsprobleme über eine Nachfragestimulierung und Reflationierung der Ökonomie zu bewältigen sind, z.B. in Form einer expansiven staatlichen Ausgabenpolitik, umfangreichen (Beschäftigungs-)Programmen etc. Angesichts des international liberalisierten Kapitalverkehrs würden hierdurch mittel- und langfristig nur – wie z.B. in Frankreich zu Beginn der 80er Jahre – die Haushaltsverschuldung, Inflation und Kapitalflucht stimuliert, die Investitionsschwäche und Beschäftigungskrise jedoch keineswegs behoben.

Aus der Akzeptanz der angebotspolitischen Agenda läßt sich auf der anderen Seite nun aber weder die Übernahme neoklassischer Denkschablonen noch die Hinwendung zu einem neoliberalen Flexibilisierungs und Deregulierungsansatz ableiten. Konzeptionell bleiben wichtige Differenzen bestehen, weil neo-keynesianische Ansätze nach wie vor im Blick behalten, daß sich aus den ökonomischen Verhaltensweisen der korporativen Akteure (Zentralbank, Staat und Tarifparteien) mitunter sehr komplexe makro-ökonomische Wechselwirkungen ergeben:

„Im Gegensatz zur neoklassischen Annahme eines strikten ‚assignments‘, Zuschreibens der Akteure und ihrer Instrumente zu den makroökonomisch steuerbaren Variablen, nach dem die vermeintliche

Bestimmung des Reallohns bzw. seiner Differenzierung durch die Tarifpartner am Arbeitsmarkt die Höhe der Beschäftigung bestimmt, die vermeintliche Geldmengenpolitik der Zentralbank das Preisniveau festlegt und die Aufgaben des Staates auf die Herstellung des Ordnungsrahmens und ggf. auf die Bereitstellung von öffentlichen Gütern beschränkt bleiben, wirken aus der (...) keynesianischen Perspektive die von den makroökonomischen Akteuren eingesetzten Instrumente auf verschiedene Variablen, wodurch Zielkonflikte und Steuerungsunschärfen auftreten.“ (Hein/ Heise 1999: 827)

Und in bezug auf die Strategien einer marktbestimmten Deregulierung und Flexibilisierung befürchten die (Neo-)Keynesianer nicht zu unrecht, daß sich hierdurch Krisen und Instabilitäten ergeben, die, mittel- und langfristig betrachtet, einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungslage nicht gerade förderlich sind. Letztlich führt die Kritik an beiden Paradigmen – am Neoliberalismus ebenso wie am traditionellen Keynesianismus – zu einer *neo-keynesianischen Synthese*, die angebotspolitisch argumentiert und mikro-ökonomisch motiviert ist, zugleich jedoch über die institutionelle Einbettung und kooperative Regulation der Märkte, vor allem der Arbeitsmärkte, potentiellen Verwerfungen vorbeugen will. Über neue Regulationsmechanismen soll dabei die Geld- und Lohnpolitik dergestalt verknüpft werden, daß Ungleichheiten erträglich gemacht, Inflation vermieden und die Konjunktur stabilisiert werden kann (vgl. Schmidt 1999). Für eine solche Konzeption sind Paul Teague (1994: 321ff) zufolge insbesondere zwei Aspekte aufschlußreich: Zum einen akzeptiert der Neo-Keynesianismus zwar prinzipiell das NAIRU-Theorem und die Annahme, daß durch die Erwerbslosigkeit und nachfolgende Lohnzurückhaltung die Inflationsrate stabilisiert werden kann, sieht jedoch auch alternative Möglichkeiten, um die konträren Ziele einer verbesserten Beschäftigungssituation und einer stabilen Inflationsrate in Einklang zu bringen. In diesem Sinne plädiert er für einen kooperativen Lohnfindungs-Prozeß, der über bescheidene Lohnzuwächse dafür sorgt, daß kein inflationärer Druck entsteht, die Erwerbslosigkeit also innerhalb eines adäquaten Koordinationsmechanismus reduziert werden kann. Zum anderen zielen die neo-keynesianischen Vorschläge darauf, die Arbeitsmarktprobleme angebotsseitig sowie durch eine angemessenere institutionelle Regulation zu bewältigen. In den Mittelpunkt rücken dementsprechend die Formen der *Mismatch*-Arbeitslosigkeit und mit ihr mehr oder weniger innovative Vorschläge, durch eine bessere Arbeitsvermittlung, ein kooperatives Restrukturierungsmanagement, Qualifikationsprogramme etc. die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes insgesamt zu verbessern.

Zwar läßt die Betonung des neuen Partnerschaftsansatzes, von konsensualen Strukturen, von Vertrauen und Kooperation – hierbei handelt es sich im übrigen um Begriffe, die sich mit den kommunitaristischen Überlegungen bestens ergänzen – erkennen, daß der Neo-Keynesianismus die neoliberale Marktgläubigkeit nicht teilt; die ökonomischen und konstitutionellen Imperative der neoliberalen Konstellation betrachtet er jedoch grundsätzlich als ge-

geben. Die Bemühungen, die Beschäftigungssituation zu verbessern, konzentrieren sich daher fast ausschließlich auf den Arbeitsmarkt und das Verhalten der Sozialpartner. Eine Veränderung der *makro-ökonomischen Rahmenbedingungen*, z.B. durch eine strengere Regulation der Kapital- und Kreditmärkte und die Erweiterung der geld- und finanzpolitischen Handlungsspielräume, wird nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. In diesem Sinne faßt Teague (1994: 325) denn auch zusammen:

„From this New Keynesian diagnosis of unemployment, a package of labour market policies has emerged covering three broad themes which can be called the New Keynesian Trinity. First, government, trade unions and employers should come together to develop co-ordinated wage-bargaining procedures. Second, greater emphasis should be placed on improving placement services for the unemployed and appropriate training initiatives to reduce mismatch unemployment. Third, a range of measures should be introduced to help solve the problem of long-term unemployment. Supporters of the New Keynesian view suggest that a comprehensive package of labour market initiatives based on these three principles could make significant inroads into the jobless total of Europe.“

4. Zur Ideologie und Praxis des „Dritten Wegs“ in Westeuropa, oder: Kernelemente des strategischen Pragmatismus

Der Neo-Keynesianismus bildet nicht nur einen programmatischen Referenzpunkt der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Im Überblick über die konkrete sozio-ökonomische und politisch-regulative Entwicklung in Westeuropa wird deutlich (vgl. Teague 1999a: 45ff), daß die zentralen Eckpunkte und Orientierungsdaten der neo-keynesianischen Konzeption – unter dem Einfluß sozialdemokratischer Regierungen – auch in die Realität umgesetzt werden. Auf der einen Seite scheint allseits akzeptiert, daß unter dem Druck der öffentlichen Verschuldung, durch die Vorgaben der monetären Integration Westeuropas – Konvergenzkriterien und Stabilitätspakt – und eine durch den EG-Binnenmarkt und die GATT/ WTO-Abkommen intensivierte Wettbewerbsdynamik die politischen Akteure Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Kostensenkung der Unternehmen ergreifen müssen (vgl. ebd.: 34ff). Für alle drei Ziele wird die *Lohnzurückhaltung* in Verbindung mit einer größeren Arbeitsmarktflexibilität als ein adäquates Mittel angesehen. Auf der anderen Seite scheint innerhalb der EU aber ebenso ein Konsens darüber zu bestehen, daß eine derartige Modernisierung nicht zu einer *Amerikanisierung* des Wohlfahrtsstaats und der industriellen Beziehungen führen darf. Entsprechend bemühen sich die (sozialdemokratischen) Regierungen darum, durch neue flexible Arrangements, durch kooperative Beziehungen, Vertrauen etc., aber auch durch die Verbesserung der Infrastruktur und eine aktive Arbeitsmarktpolitik das individuelle Engagement, die Eigeninitiative und die soziale Kohäsion zu stärken.

Diese Perspektive der regulierten Flexibilität, Austerität und Wettbewerbsmodernisierung stützt sich konkret auf ein Bündel von Maßnahmen, die sich gemäß der Struktur der meisten nationalen „Sozialpakete“ in drei Bereiche untergliedern lassen:

- Erstens haben sich in fast allen EU-Ländern die Gewerkschaften zum Teil bereits in den 80er Jahren, verstärkt vor allem aber in den 90er Jahren in kooperative Arrangements der Lohnzurückhaltung einbinden lassen (vgl. auch Ferner/ Hyman 1998). Dies ist sicherlich ihrer mitunter beträchtlichen politischen und organisatorischen Schwäche geschuldet. Vor dem Hintergrund eines intensivierten Wettbewerbs und einer anhaltend hohen Erwerbslosigkeit waren sie fast überall bereit, sich in korporative Arrangements einbinden zu lassen und tarifpolitische Konzessionen zu erbringen. Einerseits wollten sie hierdurch zur Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung beitragen; andererseits erhofften sie sich, über die Verhandlungssysteme organisatorisch aufgewertet zu werden. Aus der Perspektive einiger Unternehmen und Regierungen hätte der ausgehandelte Kostensenkungseffekt womöglich auch, wie z.B. in Großbritannien, über eine scharfe Konfrontationsstrategie gegenüber den Gewerkschaften herbeigeführt werden können. Von der kooperativen Variante versprach man sich jedoch – nicht ganz zu Unrecht –, auch Fragen einer flexibleren institutionellen (Arbeitsmarkt-)Regulation in die Verhandlungen mit einzubeziehen und einer innovativen Lösung zuzuführen. In vielen Ländern – z.B. in den Niederlanden, in Dänemark, Schweden, Irland, Italien – trugen die sinkenden Lohnkosten in Kombination mit extern wie intern flexibilisierten Arbeitsmärkten und einer gezielten Qualifikationspolitik offensichtlich mit dazu bei, die offiziellen Erwerbslosenquoten zu reduzieren.
- Der zweite Bereich von Maßnahmen zielt weit über die Lohnverhandlungen hinaus auf eine Neujustierung des gesamten Komplexes der sozialen Regulation. Die Modernisierung, genauer: die wettbewerbsorientierte Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der Umbau des Wohlfahrtsstaates sollen dazu beitragen, die Beschäftigungsquote zu steigern und vor allem bei den Arbeitslosen die Bereitschaft und auch Fähigkeit der Arbeitsaufnahme verbessern. Der neue Schlüsselbegriff, der in diese Richtung weist, lautet *Employability*. Im Kern verbirgt sich hinter dem Begriff ein neo-korporatistischer *Workfare*-Ansatz, der sich – im Unterschied zu marktradikalen oder neo-etatistischen Varianten – dafür ausspricht, die Gewerkschaften sowie die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände in den Prozeß der innovations- und produktivitätsorientierten Modernisierung, insbesondere in die Reorganisation der Arbeitsmärkte und des Wohlfahrtsstaats mit einzubeziehen (vgl. Jessop 1993: 29f). Die hierbei erzielten Übereinkünfte lassen sich allerdings nicht ohne weiteres auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Auf der einen Seite folgen sie sicherlich der neuen Auffassung, die nicht zuletzt über die Unterscheidung von (Arbeitsmarkt-)Inklusion bzw. -Exklusion gefördert wird, daß fast jeder Arbeitsplatz besser sei als keiner. In diesem

Sinne hat denn auch die Beschneidung der sozialen Transferleistungen tendenziell eine Verschärfung der ökonomischen und administrativen Zwänge zur Folge. Auf der anderen Seite eröffnen sich im Modernisierungs- und Anpassungsprozeß, unter anderem durch die Beteiligung der Gewerkschaften, zugleich aber auch gewisse Spielräume (vgl. hierzu Teague 1999a: 45ff; Scharpf 1999: 123ff). Die Erfahrungen in den Niederlanden oder auch in Dänemark lassen zumindest erkennen, daß die Kriterien und Mechanismen, über die eine Umverteilung des Arbeitsvolumens – z.B. Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit, Sabbaticals etc. –, die Ausbreitung eines Niedriglohnssektors, die Institutionalisierung eines Bürgergeldes oder auch die Re-Regulierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und die Herausbildung eines *aktivierenden Staats* gefördert werden kann, von vornherein keineswegs festgelegt sind.

- Das gleiche gilt im übrigen für den dritten Bereich: die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Kosteneinsparungen in den sozialen Sicherungssystemen. Auch diesbezüglich sind den nationalen Regierungen durch die Lasten des Schuldendienstes, potentielle Reaktionen der internationalen Finanzmärkte und die monetäre Integration Europas (Stabilitätspakt von Dublin) zentrale Ziele – oft mit stillschweigendem Einverständnis – gleichsam extern vorgegeben; und auch in diesem Bereich setzen die sozialdemokratischen Regierungen fast allorts darauf, die Anpassungs- bzw. Sparhaushalte und die Funktionsweise der sozialen Sicherungssysteme dadurch besser zu bewältigen, daß die Sozialpartner, aber auch Wohlfahrtsverbände und Organisationen der freiwilligen Selbsthilfe in den Diskussionsprozeß involviert werden. Die Hoffnungen richten sich vor allem auf zwei Aspekte: Zum einen verspricht man sich von der Beteiligung der Sozialpartner, daß über die Verknüpfung von Lohnzurückhaltung, Steuerentlastungen, (sozialpolitischen) Einsparungen und eine niedrige Inflationsrate ein Positiv-Summen-Spiel entsteht, durch das die Konjunktur, aber auch die Geldpolitik dauerhaft stabilisiert werden kann. Zum anderen wird erwartet, daß über die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen – Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Selbsthilfenetzwerke, Familien, Nachbarschaften etc. – eine durchgreifende Reform des Wohlfahrtsstaats im Sinne des Konzepts der „Wohlfahrtsgesellschaft“ stimuliert wird (vgl. Giddens 1998; Heinze u.a. 1999: 183ff).

Das sozialdemokratische Konzept des *Dritten Wegs* jenseits von Neoliberalismus und Big Government reicht sicherlich über die aufgeführten Politikfelder hinaus (vgl. Meyer 1999). Auch für andere Bereiche – z.B. den öffentlichen Dienst, den Bildungssektor, die Forschungs- und Technologiepolitik etc. – lassen sich die Prinzipien des neuen Leitbilds einer *pragmatischen Flexibilisierung* bzw. *kooperativen Deregulierung* ohne weiteres nutzbar machen. Die politischen Akzente werden dabei zwischen den Polen „Marktvertrauen“ und „Marktbändigung“, je nachdem ob Blair und Schröder (vgl. FR, 10.06.99) oder Jospin (vgl. FR, 28.10.99)

die Richtung bestimmen, zum Teil recht unterschiedlich gesetzt. Grundsätzlich besteht jedoch eine wichtige Differenz zur neoliberalen Strategie. Während letztere primär Maßnahmen der Kostensenkung und eine monetaristische Austeritätspolitik verfolgte, gehen die neuen Sozialdemokraten davon aus, daß in der intensivierten internationalen Standortkonkurrenz um Absatzmärkte, aber auch um anlagesuchendes Geld- oder Produktivkapital kein eindimensionaler Ansatz verfolgt werden kann. Eine qualitätsorientierte Wettbewerbspolitik ist einer Kostensenkungsstrategie dabei aber nicht notgedrungen überlegen. Gemäß der pragmatischen Ausrichtung der neo-keynesianischen Konzeption befinden sich die meisten Sozialdemokraten vielmehr auf der Suche nach einem *standortadäquaten Policy-Mix*, genauer: nach einer „suitable chemistry between flexibility and regulation“ (Teague 1994: 341). Ob sich durch eine Kombination von Elementen beider Strategien der sog. „Reformstau“ letztlich überwinden läßt und auch die sozio-ökonomischen Probleme gelöst werden, ist angesichts der gegenwärtigen makro-ökonomischen Konstellation jedoch eher fragwürdig.

5. Sozialdemokratische Beschäftigungspolitik im europäischen Mehrebenensystem

Seit Beginn der neunziger Jahre haben das Problem der Massenerwerbslosigkeit und die Möglichkeiten einer europäischen Beschäftigungspolitik wiederholt die europapolitische Agenda bestimmt. Ohne auf diese Entwicklung hier nun im einzelnen weiter eingehen zu können (vgl. dazu Tidow 1998), sei nur festgehalten, daß neben den Vorstößen der EU-Kommission auch Initiativen seitens der – neu gewählten – sozialdemokratischen Regierungen, nicht zuletzt in den neuen nordischen Mitgliedstaaten, mit dazu beigetragen haben, die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen im europäischen Rahmen neu zu bestimmen bzw. zu modifizieren. Sicherlich ist die Bereitschaft, sich der Arbeitsmarktkrise zuzuwenden, durch die schwelende Legitimationskrise der EU und den zum Teil beträchtlichen Druck der Gewerkschaften noch verstärkt worden. Darüber hinaus hatten die sozialdemokratischen Parteien jedoch auch insofern ein ureigenes Interesse an einer europäischen Beschäftigungspolitik, als sie sich gerade in diesem Bereich gegenüber den bürgerlichen Parteien zu profilieren hofften.

Das Problem besteht nun darin, daß die sozialdemokratischen Regierungen bislang keinen grundlegenden Wandel der europäischen Konfiguration herbeigeführt haben, selbst wenn sie sich an den Grundzügen des neo-keynesianischen Ansatzes orientieren. So ging es denn auch in den europäischen Verhandlungen – im Rahmen der Regierungskonferenzen und der Ratstreffen – allenfalls um eine vorsichtige beschäftigungspolitische Flankierung der Markt- und Währungsintegration, nicht jedoch um eine Neukonzeption der *europäischen Wirtschaftsverfassung* insgesamt. Den Gesprächen und Verhandlungen über eine europäische Beschäfti-

gungspolitik lag ein neoliberaler Basiskonsens zugrunde, der auch von den sozialdemokratischen Regierungen bislang nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde. Vorerst jedenfalls haben alle Staaten den monetaristischen Gehalt der Währungsunion, wie er in dem Vertrag über die Europäische Union, insbesondere in den Konvergenzkriterien und im Stabilitätspakt zum Ausdruck kommt, prinzipiell akzeptiert (vgl. Dyson 1998). Überdies besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß eine neue europäische Beschäftigungspolitik nicht zu einer Ausweitung der EU-Finzen führen darf. Allenfalls Umschichtungen in den bestehenden Strukturfonds werden akzeptiert. Dies impliziert letztlich natürlich, daß die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit – gerade auch sozialdemokratische Politiker wurden nicht müde, dies immer wieder zu betonen – in erster Linie eine Aufgabe der nationalen Regierungen bleibt.

Diese Grundhaltung, gemäß derer die neue europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ohne neue Geldmittel und ohne verbindliche, d.h. sanktionsfähige supranationale Übereinkünfte auskommen muß, sich mithin prinzipiell auf die intergouvernementale Koordination der nationalen Maßnahmen beschränkt, reflektiert sich auch in den seit 1997 vereinbarten drei Säulen (vgl. hierzu Platzer 1999: 188f):

Der *Luxemburg-Prozeß* sieht gemäß des neuen Beschäftigungskapitels im EU-Vertrag vor, daß zunächst gemeinsame Leitlinien und nationale Aktionspläne festzulegen sind, die dann einem Verfahren des Monitoring und der Evaluierung (*Benchmarking*) unterworfen werden. Die bislang definierten Leitlinien, die seit dem EU-Gipfel in Essen im Jahr 1994 kaum verändert wurden, korrespondieren dabei auffällig mit neo-keynesianschen Strategieempfehlungen. Mit dem Ziel die politische Kultur zugunsten von Innovationen, Investitionen und Beschäftigung zu verändern (vgl. Europäische Kommission 1998), werden vor allem vier Aufgabenfelder benannt: erstens, dies ist sicher der wichtigste Punkt, die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (*employability*), d.h. die Beseitigung von Mismatch-Erwerbslosigkeit durch Qualifikationsprogramme und eine Mittelumschichtung von passiven hin zu aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen; zweitens, die Entwicklung des Unternehmergeistes: die Förderung von Investitionen und Beschäftigung durch Steuersenkungen, Kredite der Europäischen Investitionsbank und die Förderung eines *dritten Sektors* zwischen Markt und Staat; drittens, eine bessere Anpassungsfähigkeit der Unternehmen (*adaptability*) durch eine flexiblere Produktions- und Arbeitsorganisation; und viertens schließlich noch die Verbesserung der *Chancengleichheit* von Frauen und Männern.

Der *Cardiff-Prozeß* bezieht sich eigentlich nur indirekt auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Im Vordergrund steht hier vielmehr die Frage nach einer substanziell verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der EU-Ökonomie. Zum einen soll über den Ausbau des Dienstleistungssektors, den Übergang in die Informationsgesellschaft und die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben ein Prozeß der strukturellen Reform eingeleitet werden; und zum anderen

soll eine reibungslose Funktionsweise der europäischen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte dazu führen, den Binnenmarkt weiter zu optimieren.

Auch im *Köln-Prozeß* geht es vorrangig um Fragen der politischen Koordination, insbesondere um eine bessere Abstimmung in der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik. Der institutionalisierte Dialog zwischen dem ECOFIN-Rat, dem Rat der Arbeits- und Sozialminister, der EZB und den Sozialpartnern soll dazu führen, eine makro-ökonomische Koordinierung zu etablieren. Genau betrachtet, läuft dies allenfalls auf einen Informationsaustausch über die spezifischen Problemsichten und Interessen hinaus. Verhandelt wird hier ausdrücklich nichts. In der Konsequenz heißt dies: Die makro-ökonomische Definitionsmacht der EZB bleibt grundsätzlich unangetastet, so daß sich die Regierungen und Sozialpartner – angesichts der vertraglich vereinbarten haushaltspolitischen Restriktionen – nur darüber verständigen können, wie auf der Grundlage einer zurückhaltenden Lohnpolitik über bestimmte steuer-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen – Reduktion der Unternehmenssteuern, Teilzeitarbeit, Formen der Arbeitszeitverkürzung, Workfare- und Qualifikationsprogramme, Ausgestaltung eines Niedriglohnssektors, Kürzung bzw. Umschichtung sozialpolitischer Ausgaben etc. – bestimmte wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zielsetzungen zu realisieren sind.

Die meisten sozialdemokratischen Regierungen betrachten den wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Handlungsspielraum in diesem Sinne als sehr eingengt. Zum einen lassen sich aus ihrer Sicht die restriktiven geldpolitischen Vorgaben des EU-Vertrags und der EZB nicht oder nur auf Kosten einer höheren Inflation und Kapitalflucht durchbrechen; und zum anderen gehen sie davon aus, daß infolge der hohen internationalen Mobilität des monetären und produktiven Kapitals die Regierungen gerade auch unter Beschäftigungsaspekten nicht umhin kommen, die nationalen und regionalen Investitionsbedingungen – d.h. das komplexe Geflecht von (sozial-)regulativen, tariflichen, steuer-, qualifikations- und technologiepolitischen sowie infrastrukturellen und logistischen Komponenten – zu optimieren. In den politisch-programmatischen Diskussionen kommt dies immer wieder darin zum Ausdruck, daß Fragen der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik explizit mit Begriffen wie *Innovation*, *Wachstum*, vor allem aber *Wettbewerbsfähigkeit* in Verbindung gebracht werden.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft, mit der die EU in das neue Millennium gestartet ist, scheint diese strategische Ausrichtung noch einmal besonders prägnant auf den Punkt zu bringen. Zur Vorbereitung eines Sondergipfels, der vom 23.-24. März unter dem Titel „For a Europe of innovation and knowledge with more employment and social cohesion“ in Lissabon stattfand, trug António Guterres, portugiesischer Ministerpräsident und ein typischer Repräsentant der neuen Mitte-Links-Regierungen, all jene Elemente, die der europäischen Beschäftigungspolitik bislang ihren Stempel aufgedrückt haben, noch einmal systematisch zusammen (vgl. <http://www.ft.com/> 12.01.2000). Die Eckpunkte der sozialdemokratischen Beschäfti-

gungsstrategie reichen dabei von der Kontrolle der Haushaltsdefizite und der Inflation, über die Reform der Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme, Anreize zur Kooperation der Sozialpartner, eine europäische Koordination der nationalen Strategien und Aktionen (durch Monitoring und Benchmarking), eine allgemeine Orientierung an sog. *Best-Practices* bis hin zu konkreten Erziehungs-, Qualifikations- und Technologieprogrammen, die mit dazu beitragen sollen, die soziale Kohäsion zu fördern. In diesem Sinne argumentiert auch Guterres: „We want to be a competitive society and I think social cohesion is an element of competitiveness. A society that faces problems of social disruption will not be competitive. Sooner or later, it will have terrible competitiveness problems.“ (ebd.)

6. Ausblick: Grenzen der Sozialdemokratie und Bruchstellen der neoliberalen Disziplinierung

Obwohl sich die Ziele, Kriterien und Strategieelemente der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik relativ präzise benennen lassen, läßt sich ihr Charakter nicht ohne weiteres auf den Begriff bringen. Der neue sozialdemokratische Politikansatz bewegt sich offenbar in einem Spannungsfeld, dessen Widersprüche und Ambivalenzen sich auf mehreren Ebenen entfalten (vgl. auch Albo/ Zuege 1999). Im Mittelpunkt steht vor allem das komplexe und mehrdeutige Verhältnis von *ökonomischer Liberalisierung* und *politischer Regulation*, das sich etwas systematischer durch die Betrachtung dreier Analyse-Dimensionen entschlüsseln läßt: erstens strukturell, in bezug auf den Handlungsrahmen; zweitens politisch, in bezug auf die Strategien der maßgeblichen Akteure; und drittens programmatisch, in bezug auf die ideologischen Orientierungen:

Was den *strukturellen Handlungsrahmen* anbetrifft, so ist in diesem Papier dargelegt worden, daß sich im Kontext des Zusammenbruchs des Bretton-Woods Systems und der Wiederbelebung der europäischen Integration der Übergang von einer *keynesianischen* zu einer *neoliberalen Konstellation* vollzogen hat. Der internationale und europäische Ordnungsrahmen weist offenbar, einige Untersuchungen haben dies sehr anschaulich herausgearbeitet (vgl. z.B. Grahl/ Teague 1989; McNamara 1998; Röttger 1997; Ziltener 1999), einen deutlichen neoliberalen bzw. monetaristischen Bias auf. Innerhalb der EU stützt sich die Entfaltung der grenzüberschreitenden ökonomischen Konkurrenz dabei nicht allein auf zwischenstaatliche Abkommen und Verträge. Neben supranationalen Institutionen haben sich eine Vielzahl transnationaler Netzwerkstrukturen herausgebildet, über die die Funktionsweise des gemeinsamen Marktes regulativ abgesichert wird. Sicherlich wirkt der politisch-institutionelle und rechtliche Regulationskomplex im Sinne eines „new constitutionalism“ primär darauf hin, die disziplinierende Wirkung der Marktkräfte und die politische Definitionsmacht der TNKs zur Geltung zu bringen (vgl. Gill 1998). Es gab jedoch auch einige Initiativen, um diese Dynamik

(sozial-)regulativ aufzufangen und abzumildern: z.B. die Sozialcharta und das soziale Aktionsprogramm von 1989, das Sozialprotokoll im Vertrag von Maastricht, diverse sozialpolitische Richtlinien (zur Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, zu Euro-Betriebsräten, Elternurlaub, Teilzeitarbeit) oder die vertragliche Festschreibung einer europäischen Beschäftigungspolitik. Sozialdemokratische Parteien und Politiker – an der Spitze Jacques Delors (vgl. Ross 1995) – waren an diesen Vorstößen zumeist federführend beteiligt. Selbst wenn die erzielten Ergebnisse oft weit hinter den ursprünglich anvisierten Regelungen zurückblieben, scheint es insgesamt gerechtfertigt, in bezug auf die sozio-ökonomische Konstitution des europäischen Mehrebenensystems von einem „*embedded neoliberalism*“ zu sprechen (vgl. van Apeldoorn 1999). Denn zum einen garantieren die zwar geschwächten, bislang aber immer noch funktionsfähigen nationalen Wohlfahrtsstaaten gegenüber den Marktkräften ein gewisses Maß an sozialer Protektion; und zum anderen zeigt die (sozial-)regulative Flankierung der Marktintegration, wie auch der Vorstoß zur EWU – die entgegen der neoliberalen Orthodoxie die Konkurrenz zwischen den nationalen Währungen aufhebt –, daß die Prinzipien des Neoliberalismus bzw. Monetarismus über gewisse Kompromisse und den Mechanismus einer supranationalen Institutionalisierung zum Teil modifiziert werden.

Die *strategische Ausrichtung* der sozialdemokratischen Politik ist, wie gesehen, zunächst durch eine grundsätzliche Akzeptanz der neoliberalen Konstellation geprägt. Dies zeigt sich darin, daß die Abkehr von einer expansiven Struktur-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik und Hinwendung zu Strategien einer Angebots- und Austeritätspolitik mittlerweile auch in allen sozialdemokratisch regierten Ländern vollzogen ist. Die Annahme, daß ein intensivierter Wettbewerb und kooperativ eingeleitete Maßnahmen der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung bei Beachtung des Primats der monetären Stabilität eine solide Basis für ein gleichmäßiges und dauerhaftes ökonomisches Wachstum darstellen, stößt im allgemeinen auf breite Zustimmung. Der Unterschied zu den liberalen bzw. konservativen Parteien reduziert sich im Kern eigentlich nur auf die negative Bewertung der gesellschaftlichen Konsequenzen einer überzogenen – finanzkapitalistisch forcierten – angebotspolitischen Modernisierung: zum einen wird nämlich befürchtet, daß die wachsende Bedeutung des Shareholder Values die mittel- und langfristigen Bedürfnisse des produktiven Kapitals beeinträchtigt; und zum anderen zeigt man sich besorgt über die Schwächung der weichen oder indirekten Wettbewerbsfaktoren wie z.B. der Infrastruktur, des Qualifikationsprofils oder der gesellschaftlichen Kohäsion. Vor dem Hintergrund einer verschärften sozialen Ungleichheit und Ausgrenzung und überlasteten öffentlichen Haushalten könnte sich dies zu einem ernsthaften Problem ausweiten. Um dies zu vermeiden, wirkt die Strategie des „*compensatory neo-liberalism*“ (Ryner 1999: 46ff) pragmatisch darauf hin, den Marktmechanismus, wo immer nötig, durch die Bereitstellung von öffentlichen Gütern, institutionalisierten Regeln, Normen, kooperativen Übereinkünften etc. partiell zu modifizieren. Langfristig betrachtet, sollen solche kompensato-

rischen Konzessionen bei den (zivil-)gesellschaftlichen Akteuren und politischen Organisationen die Bereitschaft erhöhen, sich der Marktdisziplin Schritt für Schritt zu unterwerfen.

Die politische Strategie des compensatory neo-liberalism entfaltet sich natürlich stets auf der Grundlage spezifischer nationaler Bedingungen, d.h. Regulationsformen, besonderen rechtlichen und institutionellen Konditionen (Wohlfahrtsstaat, System der industriellen Beziehungen), gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, der tradierten politischen Kultur etc. All diese Faktoren beeinflussen – mitunter gravierend – die konkrete Ausprägung der neuen sozialdemokratischen Politik. Gleichwohl lassen sich, was die wirtschafts- und beschäftigungs-, vor allem aber die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen anbetrifft, über die nationalen Grenzen hinweg auffällige Gemeinsamkeiten in der sozialdemokratischen Programmatik feststellen. Neben dem angebotspolitisch orientierten Neo-Keynesianismus (vgl. Teague 1994) haben kommunitaristisch inspirierte Visionen eines Dritten Wegs zwischen Marktradikalismus und Big Government (vgl. Giddens 1998) das Gesicht der neuen Sozialdemokratie maßgeblich geprägt. Wie gesehen, ergeben sich aus derartigen Referenzen nicht unbedingt sehr konkrete, greifbare Politikempfehlungen. Die meisten Schlußfolgerungen bleiben recht vage und unspezifisch. Gemäß der hier nur knapp skizzierten Inhalte der unterschiedlichen Konzepte finden sich verkappte Neo-Keynesianer und überzeugte Kommunitaristen in allen politischen Lagern (vgl. auch Opielka 1995); allerdings spielen ihre Ideen und Initiativen nicht überall die gleiche Rolle. Nur in der gewendeten Sozialdemokratie scheinen sie – vorerst jedenfalls – die offizielle Programmatik maßgeblich zu bestimmen. In diesem Sinne hat denn auch die Bezeichnung „*communitarian neo-liberalism*“ (Bieling 1998) ihre Berechtigung; schließlich scheint für die neuen Sozialdemokraten eine derartige Verknüpfung von vermeintlich konträren, tatsächlich aber komplementären Konzepten gleich doppelt attraktiv: Erstens entspricht die wechselseitige Kritik an den sozialen Folgen einer exzessiven Marktdynamik auf der einen und an einer innovations- und wettbewerbshemmenden staatlichen Regulierung auf der anderen Seite dem Zeitempfinden eines Großteils der Mittelklassen; und zweitens trägt die doppelte Kritik mit dazu bei, die Neu-Definition traditioneller sozialdemokratischer Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie voranzutreiben und die parteipolitische Programmatik zugleich medial ausstrahlungskräftig zu vermarkten.

Gleichwohl kann die hierdurch begründete Attraktivität der neuen Sozialdemokratie letztlich nicht darüber hinweg täuschen, daß sich die von ihr propagierten Konzepte und Strategien auf einem eher schwankenden Fundament bewegen. Die *Widersprüche und Konflikte* innerhalb der neuen Sozialdemokratie gleichen dabei stark der inneren Spannung der bürgerlichen Vorgängerregierungen. Diese vermochten die konträren Referenzpunkte der wirtschaftlichen Deregulierung und Modernisierung auf der einen und der Sicherung traditioneller Werte auf der anderen Seite über einen längeren Zeitraum relativ erfolgreich auszubalancieren. Ob die neuen

Mitte-Links-Regierungen ebenso in der Lage sind, immer wieder ein neues tragendes Gleichgewicht zu definieren, ist stark zu bezweifeln. Ihr sozialintegratives und protestabsorbierendes Potential ist aufgrund der stärkeren Einbindung der Gewerkschaften vermutlich größer. Allerdings haben sich, wie gesehen, seit Beginn der 80er Jahre die wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen zum Teil gravierend gewandelt. Das strukturelle Kernproblem sozialdemokratischer Politik besteht denn auch darin, daß durch die Prozesse des „disciplinary neo-liberalism“ und „new constitutionalism“ (Gill 1992; 1998), die Handlungsspielräume des Nationalstaats – für die meisten sozialdemokratischen Regierungen noch immer der bevorzugte Ort für eine Politik der sozialen Kompensation und gesellschaftlichen Modernisierung – systematisch eingeengt wurden. Mittel- und langfristig gesehen läuft dies zum einen darauf hinaus, daß die kommunitaristische Perspektive einer institutionell abgesicherten, d.h. durch Gemeinschaft und Infrastruktur stabilisierten, sozialen Kohäsion durch die Markt- und Wettbewerbsimperative immer wieder unterlaufen wird; zum anderen kann sich der neo-keynesianische Politikansatz nicht wirklich etablieren und entfalten, da sich die Geldpolitik der EZB im Rahmen einer monetaristischen Konzeption als „politisch autonom“ versteht, sich aller Wahrscheinlichkeit nach also nicht in einen Modus der verbindlichen makroökonomischen Konzertierung einbinden läßt.

Die derzeitige politische und sozio-ökonomische Entwicklung in der EU deutet darauf hin, daß die Spannung zwischen der neoliberalen Angebotsagenda und dem Bemühen um soziale Kohäsion bzw. zwischen der monetaristischen Geldpolitik und einer neo-keynesianischen Konzertierung vorerst nicht durch eine – zumindest dem Ansatz nach – kohärente sozialdemokratische Modernisierungskonzeption aufgehoben wird. Alle Korrekturen des Vertragswerks, so auch die Aufnahme und inhaltliche Definition des Beschäftigungskapitels, blieben zumeist vage und unverbindlich, vor allem aber dem Ziel der monetären Stabilität eindeutig nachgeordnet. Entsprechend zaghaft waren auch die sozialdemokratischen Vorstöße, die die Risiken und die Instabilität der Marktentwicklung sowie den deflationären Bias der EWU thematisierten. Selbst überzeugten Verfechtern einer alternativen Politik ist es nicht gelungen, die Dominanz der Finanzmärkte zu brechen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern. Kurzum, das der europäischen Agenda eingeschriebenen *makro-ökonomische Koordinierungsdefizit* (vgl. Teague 1999b; Hein/ Heise 1999; Heise 1999) bleibt vorerst bestehen, so daß die ohnehin schon sehr eng definierte sozialdemokratische wirtschafts- und beschäftigungspolitische Konzeption, die ihr Augenmerk in erster Linie auf die Lohnentwicklung und Arbeitsmarktflexibilität richtet, noch weiter eingeengt wird. Dies ist in mehrerer Hinsicht folgenreich:

Erstens konzentrieren sich die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Initiativen – in Übereinstimmung mit den supranational vereinbarten Richtlinien – primär auf die Bekämp-

fung der Mismatch-Arbeitslosigkeit. Ob dieser Aspekt des Problems der Massenerwerbslosigkeit, d.h. eine fehlende oder nicht benötigte berufliche Qualifikation, jedoch derart dominant ist, wie häufig unterstellt, scheint höchst fragwürdig. Über Aus- und Fortbildungsprogramme lassen sich in einigen Bereichen – so z.B. im Informations- und Kommunikationssektor – sicherlich eine Reihe neuer Arbeitsplätze schaffen. Die Konjunktur ist hierdurch allein allerdings kaum anzukurbeln. Das Ergebnis der derzeit verfolgten Beschäftigungspolitik könnte, so Symes (1997: 246), möglicherweise ernüchternd sein, denn: „without an increase in demand within the EU all the training will result in nothing more than a more highly skilled, unemployment workforce.“

Zweitens können auch die beschäftigungspolitischen Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien – die neuen Sozial- bzw. Wettbewerbspakte – das austeritätspolitische Korsett nicht aufsprengen. Solange die Zentralbankpolitik – ganz im Sinne der Geldvermögensbesitzer – nur das Ziel der Preisstabilität im Auge hat, wird sie inflationäre Tendenzen, ob nun über Lohnsteigerungen, Staatsausgaben o.ä. induziert, gleichsam im Keim ersticken, selbst wenn dies zu Lasten der konjunkturellen Entwicklung geht. Der „Köln-Prozeß“, d.h. der makroökonomische Dialog in Europa, ist einstweilen nur von symbolischem Wert; zumindest solange, wie den neo-korporatistischen Akteuren jegliche Möglichkeit, die makroökonomischen Rahmenbedingungen in ihrem Sinne beeinflussen zu können, von vornherein versagt bleibt. Die Aufmerksamkeit richtet sich demzufolge ganz auf die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik sowie auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Das gesellschaftliche Arbeitsvolumen läßt sich hierdurch allerdings nicht bzw. nur – z.B. über die Steigerung der Exporte – auf Kosten anderer Länder erhöhen. Von daher bleibt letztlich allein die Option, die Erwerbslosigkeit über die Umverteilung von Arbeit zu reduzieren. In den als erfolgreich gepriesenen „Bündnissen“ in Westeuropa ist diese Komponente – so z.B. in den Niederlanden, wo die Teilzeitarbeit stark expandierte – jedenfalls von großer Bedeutung gewesen (vgl. z.B. Schmid 1997).

Drittens können Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktflexibilisierung nur dann zu einer Steigerung der Beschäftigung beitragen, wenn über eine *beggar-my-neighbour Strategie* und soziale Dumping-Effekte, der Warenexport bzw. die Attraktion ausländischer Direktinvestitionen stimuliert wird. In der Vergangenheit sind derartige Wirkungen innerhalb der EU durch ein Realignment der Wechselkurse oft abgeschwächt oder sogar aufgehoben worden. Mit der EWU entfällt nun aber ein solcher Puffer. Möglicherweise wächst daher die Neigung der Tarifparteien, die Arbeitsmarktkrise über Strategien des Lohn- und Sozialdumpings bekämpfen zu wollen (zur Kritik vgl. Bieling/ Deppe 1999). Durch die deflationäre Geldpolitik der EZB und die restriktive Haushaltspolitik der nationalen Regierungen dürfte eine solche Haltung noch verstärkt werden; zumal auch die supranationale Ebene nicht dazu in der Lage ist, die (sozial-) regulative Abwärtsspirale aufzufangen. Die bestehenden Mindeststandards sind be-

stenfalls bescheiden, die Haushaltsmittel gering, die Umverteilungspolitik im Rahmen der Regional- und Strukturfonds ist eher dürftig, und auf dem Feld der Steuerharmonisierung gibt es mehr Schwierigkeiten als wirkliche Fortschritte (vgl. Overbeek 2000).

Trotz dieser eher düsteren Aussicht auf die kommenden Jahre, gibt es aber auch einige Tendenzen bzw. absehbare Krisenprozesse, die zumindest die Chance eröffnen, den supranationalen Monetarismus aufzubrechen und die Politik der EZB neu zu bestimmen. Schon jetzt sind – die Produktivitätsentwicklung und die Inflationsraten deuten jedenfalls darauf hin – Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung erkennbar, die sich über das bisherige Zusammenspiel von supranationaler Geld- sowie nationaler Finanz- und Tarifpolitik nicht ohne weiteres regulieren lassen; schließlich benötigt ein Land mit niedrigen Inflations- und Wachstumsraten einen anderen Zinssatz als ein Land, dessen Ökonomie boomt. Sofern nun aber die Nationalstaaten unterschiedliche Vorstellungen darüber entwickeln, wie eine adäquate Geldpolitik beschaffen sein soll, mehren sich letztlich auch die Spannungen in der EZB. Dies gilt um so mehr, als die von ihr verfolgten Kriterien im Detail nicht immer ganz eindeutig definiert zu sein scheinen.

Darüber hinaus ist auch keinesfalls von vornherein klar, ob die Regierungen und Tarifparteien in der EU sich in der nächsten Rezession ohne weiteres den Vorgaben der EZB einfach fügen werden, d.h. zu Strategien des Lohn- und Sozialdumpings Zuflucht nehmen und in eine prozyklische Wirtschaftspolitik einwilligen. Den meisten Gewerkschaften dürfte bewußt sein, daß sich ökonomische Ungleichgewichte und Krisenprozesse über lohn- und arbeitsmarktpolitische Konzessionen nur sehr partiell und bedingt ausbalancieren lassen (vgl. Schulten/Bispinck 1999); zumal hierdurch in der Regel auch die Interessen der eigenen Mitgliedschaft verletzt werden. Angesichts der nur noch losen Bindungen zu einer enttraditionalisierten Sozialdemokratie stehen ihnen jedoch ebensowenig attraktive und leicht umsetzbare Alternativen zur Verfügung. Trotz dieser Begrenzung, wird vermutlich von maßgeblicher Bedeutung sein, mit welchen *Deutungen* die Gewerkschaften und die politische Öffentlichkeit auf die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und die nächste Rezession reagieren: Werden sie Lohn- und Sozialkürzungen einfach hinnehmen oder werden sie dazu in der Lage sein, die restriktiven Vorgaben der EZB kritisch zu politisieren, um einen *Wandel der makro-ökonomischen Konstellation* herbeizuführen? Für die zuletzt genannte Option spricht zumindest, daß sich innerhalb der „großen EWU“ unter Einschluß der südeuropäischen Staaten die monetaristische Währungskultur als brüchiger erweisen wird als ursprünglich anzunehmen war.

7. Literatur

- Albo, Greg (1994): „Competitive Austerity“ and the Impasse of Capitalist Employment Policy; in: Miliband, Ralph/ Panitch, Leo (eds.), *Between Globalism and Nationalism*, Socialist Register (London), 144-170.
- Albo, Greg/ Zuege, Alan (1999): *European Capitalism Today: Between the Euro and the Third Way*; in: *Monthly Review*, 51(3), 100-119.
- Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1993) *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht* (Münster).
- Anderson, Perry (1994): Introduction; in: Anderson, Perry/ Camiller, Patrick (eds.), *Mapping the West European Left* (London; New York), 1-22.
- Apeldoorn, Bastiaan van (1999): *Transnational Capitalism and the Struggle over European Order*, unpublished Ph.D. Dissertation (European University Institute).
- Ash, Timothy Garton (1998): *Europe's Endangered Liberal Order*; in: *Foreign Affairs*, 77(2), 51-65.
- Bellah, Robert N. u.a. (1992): *Gegen die Tyrannei des Marktes*; in: Zahlmann, Christa (Hrsg.), *Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung* (Berlin), 57-73.
- Bieling, Hans-Jürgen (1998): *Neo-Liberalism and Communitarianism: towards a new type of employment policy in Western Europe?*, Amsterdam International Studies Working Paper Nr. 54 (Amsterdam).
- Bieling, Hans-Jürgen (2000): *Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen* (Münster i.E.).
- Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (1996): *Internationalisierung, Integration und politische Regulierung*; in: Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Europäische Integration* (Opladen), 481-511.
- Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hrsg.) (1997): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Europa. Neun Länder im Vergleich* (Opladen).
- Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (1999): *Europäische Integration und industrielle Beziehungen – Zur Kritik des Konzeptes des „Wettbewerbskorporatismus“*; in: Urban, Hans-Jürgen/ Schmitthenner, Horst (Hrsg.), *Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik* (Hamburg), 275-300.
- Bonder, Michael/ Röttger, Bernd/ Ziebura, Gilbert (1992): *Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen* (Opladen).
- Busch, Klaus (1994): *Europäische Integration und Tarifpolitik: lohnpolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion* (Köln).
- Calingaert, Micheal (1999): *Creating a European Market*; in: Cram, Laura et al (eds.), *Developments in the European Union* (New York), 153-173.
- Cecchini, Pablo (1988): *Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes* (Baden-Baden).
- Cockett, Richard (1995): *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution, 1931-1983* (London).
- Cowles, Maria Green (1995): *Setting the Agenda for a New Europe: The ERT and the EC 1992*; in: *Journal of Common Market Studies*, 33(4), 501-526.
- Crouch, Colin (1997): *The Terms of the Neo-Liberal Consensus*; in: *The Political Quarterly*, 68(4), 352-378.
- Dahrendorf, Ralf (1983): *Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus* (Stuttgart).
- Dahrendorf, Ralf (1998): *Bilanz und Hoffnung*; in: *Der Spiegel*, Heft 45, 76-98.
- Deppe, Frank/ Felder, Michael (1993): *Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG)*, FEG-Arbeitspapier Nr. 10 (Marburg).

- Dølvik, Jon Erik (1999): Die Spitze des Eisbergs? Der EGB und die Entwicklung eines Euro-Korporatismus (Münster).
- Dörre, Klaus (1999): Der dritte Weg und die deutsche Sozialdemokratie; in: SPW, Heft 106, 32-37.
- Drainville, André (1994): International political economy in the age of open Marxism; in: Review of International Political Economy, 1(1), 105-132.
- Dyson, Kenneth (1999): Benign or Malevolent Leviathan? Social Democratic Governments in a Neo-Liberal Euro Area'; in: The Political Quarterly, 70(2), 195-209.
- Ehrenreich, Barbara (1992): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse (München).
- Etzioni, Amitai (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie (Frankfurt; New York).
- Europäische Kommission (1989): Panorama of the EC Industry (Brüssel).
- Europäische Kommission (1998): Mitteilung der Kommission. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten in 1988, Kom (97) 497 endg., (Brüssel).
- Falkner, Gerda (1998): EU Social Policy in the 1990s. Towards a corporatist policy community (London; New York).
- Featherstone, Kevin (1999): The Political Dynamics of Economic and Monetary Union; in: Cram, Laura et al (eds.), Developments in the European Union (New York), 311-329.
- Ferner, Anthony/ Richard Hyman (eds.) (1998): Changing Industrial Relations in Europe. Second Edition (Oxford).
- Forrester, Vivianne (1997): Der Terror der Ökonomie (Wien).
- Frieden, Jeffry (1998): The Euro: Who Wins? Who Loses?; in: Foreign Policy, 112(Fall), 25-40.
- Giddens, Anthony (1995): Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics (Cambridge).
- Giddens, Anthony (1998): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck (Frankfurt a.M.).
- Gill, Stephen (1992): The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Union; in: Miliband, Ralph/ Panitch, Leo (eds.), New World Order? Socialist Register (London), 157-196.
- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, New Political Economy, 3(1), 5-26.
- Gilpin, Robert (1987): The Political Economy of International Relations (Princeton; New Jersey).
- Grahl, John/ Teague, Paul (1989) The Cost of Neo-Liberal Europe; in: New Left Review, Heft 174, 33-50.
- Greenwood, Justin (1997): Representing Interests in the European Union (London).
- Grinspun, Ricardo/ Krekwich, Robert (1994): Consolidating Neoliberal Reforms: „Free Trade“ as a Conditioning Framework; in: Studies in Political Economy, 43, (Spring), 33-61.
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen Studien zur politischen Theorie (Frankfurt a.M.).
- Hassel, Anke (1998): Soziale Pakte in Europa; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49(10), 626-638.
- Hein, Eckhard/ Heise, Arne (1999): Beschäftigungspolitische Möglichkeiten und Beschränkungen des Bündnisses für Arbeit: der fehlende „Makro-Dialog“; in: WSI-Mitteilungen, Heft 12, 825-838.
- Heise Arne (1999): Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer Notwendigkeit, ideologischer Neuorientierung und sozialer Gerechtigkeit, WSI-Diskussionspapier, Nr. 77 (Düsseldorf).
- Heinze, Rolf/ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph (1999): Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat (Opladen).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1997a): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 1 (Frankfurt a.M.).

- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1997b): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 2 (Frankfurt a.M.).
- Helleiner, Eric (1994): States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s (Ithaka; London).
- Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus; in: *Das Argument* 198, 35(2), 195-222.
- Hirsch, Joachim/ Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg).
- Hobsbawm, Eric (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München; Wien).
- Holman, Otto/ van der Pijl, Kees (1996): The Capitalist Class in the European Union; in: Kourvetaris, George A./ Moschonas, Andreas (eds.), *The Impact of European Integration. Political, Sociological and Economic Changes* (London), 55-74.
- Honneth, Axel (Hrsg.) (1995): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, 3. Aufl. (Frankfurt a.M.; New York).
- Huffschmid, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte* (Hamburg).
- Huster, Ernst-Ulrich (1996): *Armut in Europa* (Opladen).
- Jessop, Bob (1993): Towards a Schumpeterian workfare state? Preliminary remarks on post-Fordist political economy; in: *Studies in Political Economy*, 40(1), 7-39.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy* (Cambridge).
- Koch, Claus (1995): *Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft* (München; Wien).
- Kohler-Koch, Beate/ Eising, Rainer (1999): *The Transformation of Governance in the European Union* (London; New York).
- Lafontaine, Oskar/ Müller, Christa (1998): *Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle* (Bonn).
- Lafontaine, Oskar/ Strauss-Kahn, Dominique (1999): Europa – sozial und stark. Märkte brauchen die ordnende Hand des Staates; in: *Die Zeit*, 14.01.99, 17-18.
- Leibfried, Stephan/ Pierson, Paul (Hrsg.) (1998): *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik* (Frankfurt a.M.).
- Lasch, Christopher (1995): *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung* (Hamburg).
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“; in: *Prokla*, 15(1), 109-137.
- Lutz, Burkhardt (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts* (Frankfurt a.M.; New York).
- Marglin, Stephen A./ Schor, Juliet B. (eds.) (1990): *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience* (Oxford).
- Martin, Andrew/ George Ross (eds.) (1999): *The Brave New World of European Labor. European Trade Unions at the Millennium* (New York, Oxford).
- Martin, Hans-Peter/ Schumann, Harald (1996): *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand* (Reinbek bei Hamburg).
- McNamara, Kathleen R. (1998): *The Currency of Ideas. Monetary Politics in the European Union* (Ithaka; London).
- Merkel, Wolfgang (1993): *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich* (Frankfurt a.M.).
- Meyer, Thomas (1999): *The Third Way at the Crossroads*; in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Heft 3, 294-304.

- Misik, Robert (1998): Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus (Berlin).
- Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik (Frankfurt a.M.).
- Opielka, Michael (1995): Gemeinschaft als Ressource der Sozialpolitik. Zur Relevanz der Kontroverse zwischen Liberalismus und Kommunitarismus für die Wohlfahrtsstaatsdebatte; in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 8(3), 54-62.
- Overbeek, Henk (2000): Towards a Neo-Gramscian Theory of European Integration – The Example of the Tax Harmonisation Question; in: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (eds.), *Dimensions of a Critical Theory of European Integration*, FEG-Studie Nr. 13, (Marburg), 59-81.
- Panitch, Leo (1998): „The state in a changing world“: Social-Democratizing Global Capitalism?; in: *Monthly Review*, 50(5), 11-22.
- Platzer, Hans-Wolfgang (1997): Vom gemeinsamen Markt zur Wirtschafts- und Währungsunion; in: Wolf, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union* (Opladen), 155-181.
- Platzer, Hans-Wolfgang (1999): Die EU-Sozial- und Beschäftigungspolitik nach Amsterdam: Koordinierte und verhandelte Europäisierung?; in: *Integration*, 22(3), 176-190.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation* (Frankfurt a.M.).
- Reese-Schäfer, Walter (1999): Die praktische Bedeutung kommunitarischen Denkens in Deutschland. Ein Überblick; in: *Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung*, 48(3), 297-310.
- Reich, Robert (1996): *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie* (Frankfurt a.M.).
- Report (1999): *The Future of the International Financial Architecture*; in: *Foreign Affairs*, 78(6), 169-184.
- Rifkin, Jeremy (1995): *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft 1982* (Frankfurt a.M.; New York).
- Rhodes, Martin (1998): Globalization, Labour Markets and Welfare States: A Future of "Competitive Corporatism"?; in: Rhodes, Martin/ Mény, Yves (eds.), *The Future of European Welfare: A New Social Contract?* (London), 178-203.
- Rode, Reinhard (1999): Der Euro als transatlantische Herausforderung. Die internationalen Auswirkungen der Europäischen Währungsunion; in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 9(2), 461-477.
- Ross, George (1995): *Jacques Delors and European Integration* (Cambridge).
- Röttger, Bernd (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes* (Münster).
- Ruggie, John Gerard (1982): *International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order*; in: *International Organisation*, 36(2), 379-416.
- Ryner, Magnus (1999): *Neoliberal Globalization and the Crisis of Swedish Social Democracy*; in: *Economic and Industrial Democracy*, 20(1), 39-79.
- Sandholtz, Wayne/ Zysman, John (1989): 1992: Recasting the European Bargain; in: *World Politics*, 17(1): 95-128.
- Sassoon, Donald (1997a): *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century* (London).
- Sassoon, Donald (ed.) (1997b): *Looking Left. Socialism in Europe after the Cold War* (London).
- Scharpf, Fritz W. (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das „Modell Deutschland“ im Vergleich* (Frankfurt; New York).
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* (Frankfurt a.M.; New York).

- Schirm, Stefan (1999): Krisen, Interessen und Instrumente. Zur Konzeption der Wirkungen globaler Märkte und Staaten; in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 9(2), 479-498.
- Schmid, Günther (1997): Beschäftigungswunder Niederlande? Ein Vergleich der Beschäftigungssysteme in den Niederlanden und in Deutschland; in: *Leviathan*, 25(3), 303-337.
- Schmidt, Ingo (1999): Vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zur neoklassischen Stabilisierung des Kapitalismus; in: *Sozialismus*, Heft 10, 9-16.
- Schmitter, Philipp C./ Grote, Jürgen R. (1997): Der korporatistische Sisyphus: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; in: *PVS*, 38(3), 530-554.
- Schulzen, Thorsten/ Bispinck, Reinhard (Hrsg.) (1999): *Tarifpolitik unter dem EURO. Perspektiven einer europäischen Koordinierung: das Beispiel der Metallindustrie* (Hamburg).
- Smith, Joan (1997): The Ideology of 'Family and Community': New Labour Abandons the Welfare State; in: Panitch, Leo (ed.), *Ruthless Criticism Of All That Exists*, Socialist Register (London), 176-196.
- Smith, W. Rand (1998): *The Left's Dirty Job. The Politics of Industrial Restructuring in France and Spain* (Pittsburgh; Toronto).
- Steinhilber, Jochen (2000): Die "Grande Nation" und das "Haus Europa". Frankreichs widersprüchlicher Entwicklungsweg (Hamburg).
- Streeck, Wolfgang (1994): Neo-voluntarism: A new social policy regime? Paper at a Conference on European Law, 14./ 15. April (Florence).
- Streeck, Wolfgang (1998): *The Internationalisation of Industrial Relations in Europe: Prospects and Problems*. MPIFG Working Paper 98/ 2 (Köln).
- Streeck, Wolfgang (1999): *Competitive Solidarity: Rethinking the „European Social Model“*. MPIFG Working Paper 99/ 8 (Köln).
- Sun, Jeanne-May/ Pelkmans, Jacques (1995): Regulatory Competition in the Single Market'; in: *Journal of Common Market Studies* 33(1), 67-89.
- Symes, Valerie (1997): Unemployment in Europe: A Continuing Crisis; in: Symes, Valerie/ Levy, Carl/ Littlewood, Jane (eds.): *The Future of Europe. Problems and Issues for the Twenty-First Century* (London), 227-248.
- Tabb, William K. (1999): Labor and the Imperialism of Finance; in: *Monthly Review*, 51(5), 1-13.
- Taylor, Charles (1994): Die Unvollkommenheit der Moderne; in: Honneth, Axel (Hrsg.), *Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie* (Frankfurt a.M.), 73-106.
- Teague, Paul (1994): Between New Keynesianism and deregulation: employment policy in the European Union; in: *Journal of European Public Policy*, 1(3), 315-345.
- Teague, Paul (1999a): Reshaping Employment Regimes in Europe: Policy Shifts Alongside Boundary Change; in: *Journal of Public Policy*, 19(1), 33-62.
- Teague, Paul (1999b): *Economic Citizenship in the European Union. Employment relations in the new Europe* (London; New York).
- Tidow, Stefan (1998): Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses, FEG-Arbeitspapier Nr. 18 (Marburg).
- Tidow, Stefan (1999): Benchmarking als Leitidee. Zum Verlust des Politischen in der europäischen Perspektive; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3, 301-309.
- Tsoukalis, Loukas (1997): *The New European Economy Revisited*, third edition (Oxford).
- Unger, Frank/ Wehr, Andreas/ Schönwälder, Karen (1998): *New Democrats, New Labour, Neue Sozialdemokraten* (Berlin).
- Van der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations* (London; New York).
- Walzer, Michael (1992): *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie* (Berlin).

Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit (Münster).

Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance (Frankfurt/M.).

FEG Studien

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (September 1993) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (Juni 1994) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (August 1994) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (April 1995) UKB 25 DM
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (Juli 1995) UKB 30 DM
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (November 1995) UKB 40 DM (vergriffen)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (November 1996) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (Februar 1997) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (März 1997) UKB 30 DM
- Nr. 11:** Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (Dezember 1998), UKB 25 DM
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber, Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (Dezember 1998), UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 13:** Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Eds.), Dimensions of a Critical Theory of European Integration. Contributions by Frank Deppe, Stephen Gill, Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber, Henk Overbeek, Bastiaan van Appeldoorn, Magnus Ryner and Dieter Plehwe, (März 2000) 184 Seiten, UKB 25 DM

FEG Arbeitspapiere

- Nr. 1:** Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

- Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 5:** Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 7 DM
- Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 15 DM
- Nr. 8:** Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 13 DM
- Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)
- Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 15 DM
- Nr. 11:** Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)
- Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 14:** Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM
- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 15 DM
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 10 DM
- Nr. 17:** Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 8 DM
- Nr. 18:** Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*), UKB 15 DM
- Nr. 19:** Otto Holman, Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mitte- und Osteuropa, (*Dezember 1999*), UKB 13 DM
- Nr. 20:** Hans-Jürgen Bieling, Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, (*April 2000*), UKB 13 DM